

Werner Kreschnak

Die Verfolgung der Juden in Chemnitz während der faschistischen Diktatur von 1933 bis 1945

Ein Beitrag zum 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht

Die DDR ist ein Staat, „in dem die Anliegen und Interessen auch der Bürger jüdischen Glaubens verwirklicht werden. Hier sind die Wurzeln für Antisemitismus, Rassismus und Völkerhaß für immer beseitigt, hier haben die jüdischen Mitbürger ihre wahre Heimstatt gefunden."

(Aus der 6. Tagung des ZK der SED, 9./10. Juni 1988)

Werner Kreschnak

Die Verfolgung der Juden in Chemnitz während der faschistischen Diktatur von 1933 bis 1945

Ein Beitrag zum 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2024

Herausgegeben vom Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt in Zusammenarbeit mit der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Stadtleitung Karl-Marx-Stadt der SED
Karl-Marx-Stadt 1988

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
1. Der Boykott im April 1933 und die ersten Jahre der Judenverfolgung (1933 bis 1935)	5
2. Die „Nürnberger Gesetze“ und die weitere Verschärfung der Unterdrückungsmaßnahmen (1935 bis 1938)	21
3. Von der Pogromnacht bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges	29
4. Zur Verfolgung der jüdischen Bürger während des zweiten Weltkrieges – Die „Endlösung der Judenfrage“	39
5. Anmerkungen	46

Titelfoto: Die Chemnitzer Synagoge am Morgen nach der Brandnacht (10. November 1938)
Quelle: Foto-Fuchs, Karl-Marx-Stadt

Beim Titelfoto und den Abbildungen im Text handelt es sich um Reproduktionen von Archivgut, so daß die Wiedergabequalität teilweise gemindert ist.

Copyrigth by Stadtarchiv Karl-Marx-Stadt
Druck: Druckhaus Karl-Marx-Stadt III/6/15
Gestaltung: Klaus Löser
Fotographische Arbeiten: May Voigt und Stephan Weingart
Redaktion: Dr. Stephan Pfalzer, Doz. Dr. sc. Gert Richter
Druckgenehmigungsnummer: Kv GB 101/88
Verkaufspreis: 4,00 Mark

Vorwort

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 inszenierten die Faschisten den bis dahin grausamsten Pogrom gegen den jüdischen Volksteil in Deutschland. Dieser Pogrom stellte einen Höhepunkt der Judenverfolgung durch die nazistischen Machthaber und ihre Helfershelfer dar und war Etappe des Weges, der mit dem „Judenboykott" des Jahres 1933 begann, über die „Nürnberger Gesetze" 1935 und die sich ständig verschärfenden Maßnahmen der Verfolgung und Vertreibung bis hin zur Massenvernichtung jüdischer Menschen im Rahmen der „Endlösung der Judenfrage" führte.
Diesen Leidensweg mußten auch die Chemnitzer jüdischen Bürger gehen. Im vorliegenden Beitrag wird von Dr. Werner Kreschnak, dem Vorsitzenden der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Stadtleitung Karl-Marx-Stadt der SED, der verdienstvolle Versuch unternommen, deren Schicksal nachzuzeichnen.
Daß dies zunächst nur anhand ausgewählter Fakten und Ereignisse geschehen konnte, hat seine Ursache darin, daß eine umfassendere Darstellung, die zweifellos notwendig ist, ein weiteres Aufspüren von Quellen und deren Auswertung zur Voraussetzung hat. Zugleich gewann der Autor aus der im Jahre 1970 von Adolf Diamant vorgelegten „Chronik der Juden in Chemnitz, heute Karl-Marx-Stadt" wie jeder andere, der sich mit der Geschichte der Juden in Karl-Marx-Stadt befaßt, vielfältige und wertvolle Anregungen.
Werner Kreschnak hat mit seinem Beitrag erstmals aus marxistischer Sicht zusammenfassend und eingeordnet in das Gesamtgeschehen im faschistischen Deutschland den Leidensweg der Chemnitzer Juden dargestellt. Dabei konnte er an eigene Forschungsergebnisse anknüpfen, die er als Autor des 7. Kapitels des Buches „Karl-Marx-Stadt. Geschichte der Stadt in Wort und Bild" gewonnen hatte, die nun hier wesentlich breiter vorgestellt werden und auch erste Präzisierungen erfahren.

Die wichtigste quellenmäßige Grundlage der Arbeit bilden die Bestände des Stadtarchivs Karl-Marx-Stadt aus den Jahren 1933 bis 1945. Der stellvertretende Direktor für Auswertung des Stadtarchivs, Dr. Stephan Pfalzer, konnte durch die zielstrebige Sichtung der Quellen dem Autor und zur Vorbereitung einer Ausstellung über die Geschichte der Juden in Karl-Marx-Stadt, die vom 21. Oktober bis 20. November 1988 in den Städtischen Museen am Theaterplatz stattfindet, umfangreiche Unterstützung geben. Dabei stellte er fest, daß die Quellen noch nicht völlig ausgewertet sind. Mit ihnen lassen sich die wesentlichsten Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die jüdischen Bürger bis hinein in die ersten Jahre des zweiten Weltkrieges belegen. Allerdings verlieren die Quellen ganz deutlich an Substanz hinsichtlich des Zwangsarbeitseinsatzes seit 1939, um dann in der Frage der Deportationen in den Jahren 1942 bis 1945 fast zu versiegen – eines der schwärzesten Kapitel in der Geschichte von Karl-Marx-Stadt konnte deshalb bisher nur grob nachgezeichnet werden. Angaben über die Anzahl der jüdischen Bürger in Chemnitz nach 1933, über Geburten, Sterbefälle, Auswanderungen liegen nicht vor. Nachforschungen inUnterlagen der Jüdischen Gemeinde Karl-Marx-Stadt, deren Vorsitzenden, dem Präsidenten des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Herrn Siegmund Rotstein, und seiner Mitarbeiterin, Frau Richter, für die Aufgeschlossenheit, Hilfsbereitschaft und Unterstützung Dank gebührt, halfen einige Lücken zu schließen.

Die Darstellung des jüdischen Gemeindelebens in Chemnitz nach 1933 und auch die Aufhellung von Einzelschicksalen jüdischer Chemnitzer Bürger harren noch weiterer Forschung. Geschrieben werden muß eine Geschichte des jüdischen Bevölkerungsteils von Chemnitz insgesamt; dafür hat Werner Kreschnak einen wichtigen Grundstein gelegt. Ihm sei dafür unser Dank ausgesprochen.

Im Prozeß der Arbeit wurde immer deutlicher, daß es ein dringendes gesellschaftliches Anliegen ist, die lebenden Zeitzeugen nach ihren Erinnerungen zu befragen, um diese wichtigen Quellen künftig noch stärker als bisher in Forschung und Darstellung einzubeziehen. Für kritische Hinweise und Anregungen zur weiteren Bearbeitung des Themas sind wir sehr dankbar.

Sich der noch vorhandenen Lücken bewußt, legen Autor und Herausgeber diesen Beitrag vor. Sie tun das, um ehrend der jüdischen Opfer der faschistischen Schreckensherrschaft zu gedenken, und mit der Gewißheit, daß Rassismus und Antisemitismus in der Deutschen Demokratischen Republik ein für allemal der Boden entzogen ist.

Doz. Dr. sc. Gert Richter
Stadtarchivdirektor

Karl-Marx-Stadt, im September 1988

Ein entscheidendes Element der faschistischen Ideologie war die wahnwitzige, unwissenschaftliche Rassentheorie, mit der die Nazis die Deutschen zu „Herrenmenschen" erklärten und Angehörige anderer, insbesondere slawischer Völker, als „Untermenschen" diskriminierten. Dieser nazistische Rassismus fand seinen stärksten Ausdruck im Antisemitismus.

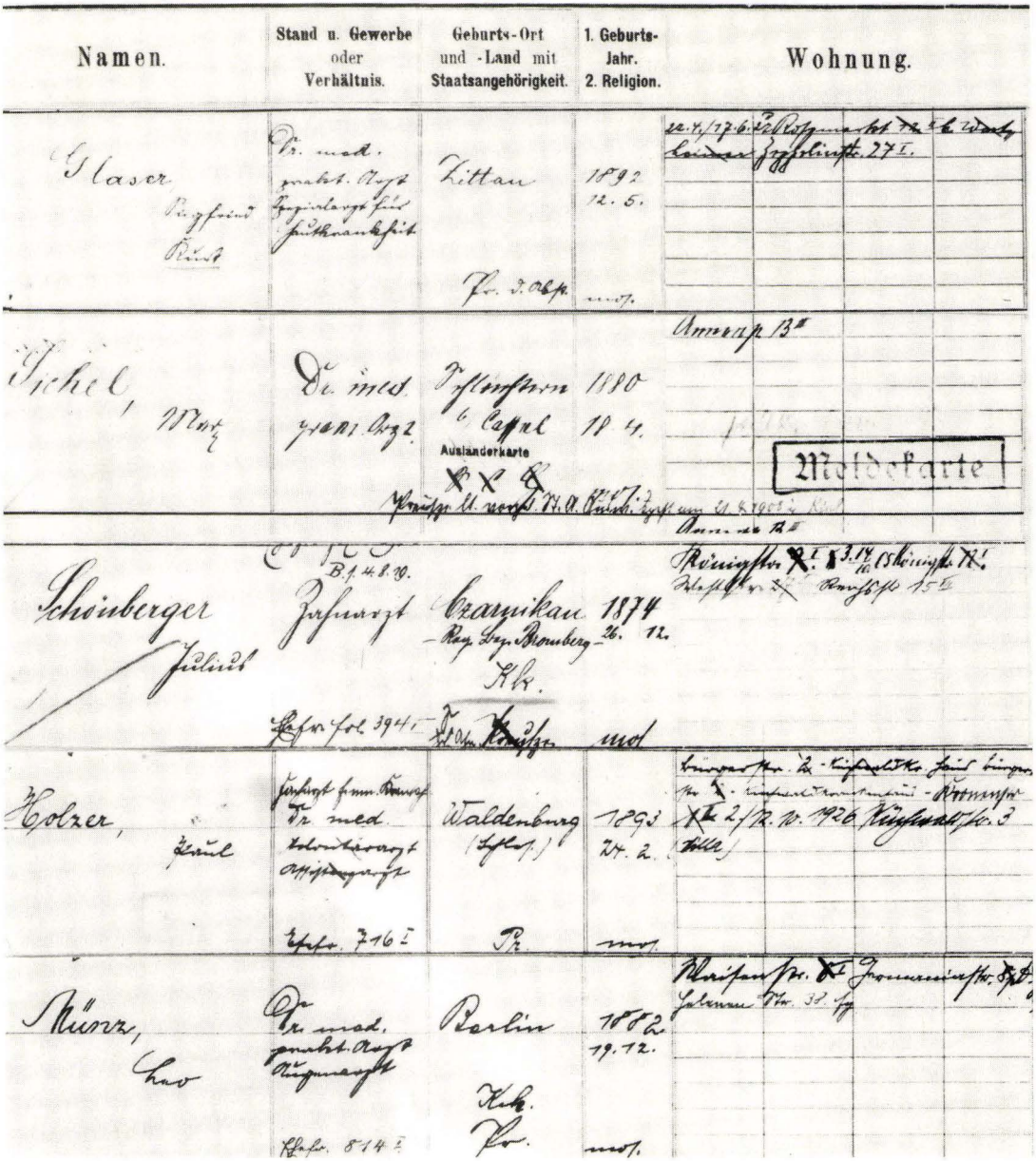
Die Faschisten hatten schon in ihrem Parteiprogramm erklärt, daß ein Jude nicht „Volksgenosse" sein könne[1], und sie kündigten den jüdischen Menschen Verfolgung und Vernichtung an. Sie konnten mit ihrer antisemitischen Hetze an eine Traditionslinie anknüpfen, die in allen antagonistischen Klassengesellschaften erkennbar ist: Minderheiten wurden von den Herrschenden immer wieder als Schuldige an Mißständen hingestellt, und man behauptete, daß ihre Vernichtung die Voraussetzung für eine Besserung der Verhältnisse sei.[2] Damit sollte von den wirklichen Ursachen nationaler und sozialer Probleme abgelenkt werden. Und genauso handhabten es die Faschisten hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung. Die antisemitische Stimmung eines Teils der Bevölkerung unterstützte sie dabei.

Wie einfach das Schema der nazistischen antijüdischen Hetze war, bringt Kurt Pätzold in der von ihm herausgegebenen Dokumentensammlung „Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung", auf die im vorliegenden Beitrag mehrfach Bezug genommen wird, sehr anschaulich zum Ausdruck: „Verloren Arbeiter ihren Arbeitsplatz, dann war ‚jüdische Mißwirtschaft' dafür verantwortlich. Blieben Kriegskrüppel, -waisen und -witwen sozial schlecht versorgt, dann trug die ‚Judenrepublik' daran die Schuld. Büßten Händler oder Handwerker ihre Existenz ein, dann waren sie von ‚jüdischen Blutsaugern' zur Strecke gebracht. Stöhnten Bauern unter der Last der Hypotheken, die auf Haus und Feld lagen und unaufbringbare Tilgungs- und Zinszahlungen verlangten, waren sie die Opfer ‚jüdischer Zinsknechtschaft'. Unterlag irgend jemand mit seinen Ansprüchen, gerechtfertigt oder nicht, vor einem Gericht, so verdankte er das dem ‚jüdischen Rechtsempfinden'."[3]

Die Irrlehre von der „arischen Herrenrasse" und vom „jüdischen Untermenschentum" diente vor allem auch als Kampfinstrument gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung, deren Führer als „Juden", „Knechte des internationalen Judentums" oder als „geistig verjudet" bezeichnet wurden. Klassenkampf und soziale Revolution waren „jüdische Machenschaften", die der „Verschwörung des Weltjudentums" zur Errichtung der „jüdischen Weltherrschaft" verhelfen sollten. Diese Zwecklügen dienten dazu, die Zerschlagung der Weimarer Republik und die Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse als nationale Tat erscheinen zu lassen.[4]

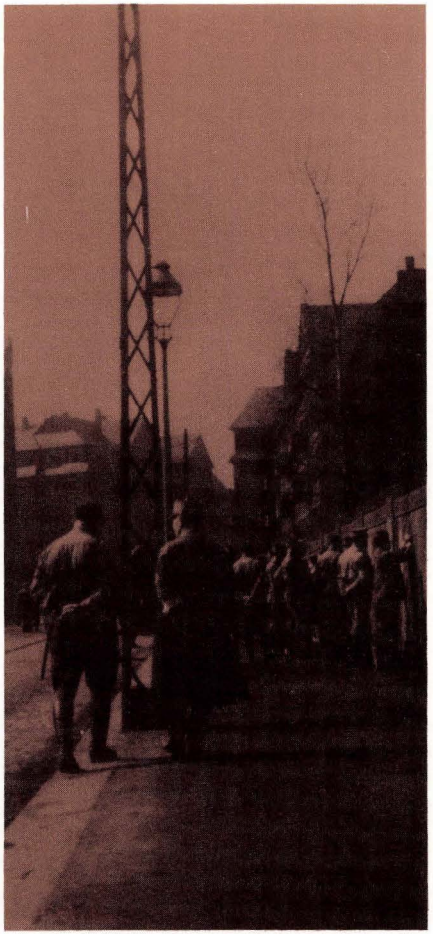
Bis 1933 war die Bezeichnung „Jude" in der Statistik des Deutschen Reiches nur im Sinne der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft gebräuchlich. Somit wurden durch die Volkszählung 1933 etwa 500 000 Staatsbürger als Juden erfaßt. Zu diesem kam noch eine nicht genau bestimmbare Zahl deutscher Staatsbürger hinzu, die jüdischer Herkunft waren. Die Gesamtzahl der jüdischen Bürger in Deutschland wurde mit etwa 800 000 angegeben, wobei die sogenannten „Mischlinge" unberücksichtigt blieben.[5] Eine besondere Gruppe bildeten dabei diejenigen Juden, die nach der Jahrhundertwende vorwiegend aus dem zaristischen Rußland und Polen nach Deutschland eingewandert waren. Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland zählte zum Kleinbürgertum, eine geringere Anzahl zu den begüterten Schichten. Viele waren Angestellte. Ein relativ hoher Prozentsatz gehörte der Intelligenz an. „In Wissenschaft, Kunst und Literatur hatten jüdische Deutsche hervorragend zur deutschen Nationalkultur beigetragen ... Sie alle waren Deutsche und verstanden ihre Leistungen als Ergebnis eines Wirkens in diesem Volke mit seiner spezifischen Tradition und Geschichte."[6]

In Chemnitz entwickelte sich der jüdische Bevölkerungsteil durch Zuwanderung verstärkt im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Während des ersten Weltkrieges wanderten etwa 1200 aus Leipzig und Dresden



Eintragungen jüdischer Ärzte in den polizeilichen Meldebüchern der Stadt Chemnitz.

ausgewiesene russische und polnische Juden nach Chemnitz ein. Mitte der zwanziger Jahre waren rund 2800 jüdische Bürger registriert, wobei auch hier die Erfassung nach der Zugehörigkeit zur jüdischen Religion erfolgt sein dürfte. Nach dem Ergebnis der Volkszählung vom Juni 1933 waren noch 2387 Juden in Chemnitz ansässig. Das entsprach etwa 0,68 Prozent der Gesamteinwohnerschaft[7]. Dieser Rückgang ist nicht exakt zu begründen. Es kann angenommen werden, daß neben den natürlichen Abgängen die Lage während der Weltwirtschaftskrise, der drohende Machtantritt der Faschisten und auch die ersten Verfolgungsmaßnahmen eine Abwanderung verursacht haben. Im Jahr 1932 bestanden in Chemnitz 28 jüdische Vereine. Zur jüdischen Beteiligung am Wirtschaftsleben sind genaue Angaben nicht möglich, weil ausreichend gesicherte Angaben fehlen. Einen gewissen Eindruck vermitteln aber die folgenden, auf Sachsen bezogenen statistischen Werte aus dem Jahr 1925. Danach waren von 100 Erwerbstätigen der jüdischen Bevölkerung 54,9 Prozent selbständig, 32,1 Prozent Angestellte und Beamte, 7,5 Prozent Arbeiter und 5,5 Prozent mithelfende Familienangehörige. Der Anteil jüdischer Firmen betrug 1930 in der Chemnitzer Wirk- und Strickwarenindustrie über 35 Prozent, im Textilhandel etwa 34 Prozent. An großen jüdischen Warenhäusern sind die Kaufhäuser Schocken (seit 1930) und Tietz (eröffnet 1913) zu nennen.
Am Bank- und Börsengeschäft waren Chemnitzer Juden nur in geringem Maße beteiligt. 1930 gab es in Chemnitz 25 selbständige jüdische Ärzte sowie 12 jüdische Rechtsanwälte und Notare.[8]
Unmittelbar nach der Machtübertragung an die Hitlerregierung richtete sich der faschistische Terror wie überall in Deutschland auch in Chemnitz zuerst gegen die KPD und ihre Massenorganisationen. Aber auch Sozialdemokraten, Gewerkschafter und bürgerliche Demokraten blieben nicht verschont. Es begann die „Säuberung" der städtischen Verwaltungen, Betriebe und Einrichtungen von allen den Faschisten unangenehmen Beamten, Angestellten und Arbeitern. Nach der Reichstagsbrandprovokation vom 27. Februar und besonders nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 setzte eine Verhaftungswelle bisher nicht gekannten Ausmaßes ein.
Jetzt begannen auch die unmittelbaren antijüdischen Aktionen in der Stadt. Vor den Reichstagswahlen hatten Hitlergegner an Anschlagsäulen und Hauswänden Plakate und Aufrufe gegen die Nazipartei angebracht und auch Losungen mit Farbe auf die Straße gemalt. Nun zwang man neben verhafteten Antifaschisten auch jüdische Bürger, die gewaltsam aus ihren Wohnungen und Geschäften geholt worden waren, die Plakate und Losungen zu beseitigen. Unter Aufsicht von SA-Leuten mußten sie auf den Knien umherrutschen, um die Aufschriften von der Straße zu entfernen. Mit Spachteln kratzten sie Anschlagsäulen und Hauswände ab. Zu den so Erniedrigten gehörte zum Beispiel auch der bekannte jüdische Arzt, linke Sozialdemokrat und Stadtverordnete Dr. Kurt Glaser.



Faschisten schikanieren Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden. Diese wurden gezwungen, Losungen und Plakate, wie hier auf der Limbacher Straße (heute: Limbacher Straße/Ecke Franz-Mehring-Straße) zu entfernen.
Quelle: Bezirksparteiarchiv Karl-Marx-Stadt



Dr. med. Kurt Glaser bei der Sklavenarbeit.
Quelle: Bezirksparteiarchiv Karl-Marx-Stadt

Die brutalen Verfolgungsaktionen gegen alle antifaschistischen Kräfte und auch die wüste antisemitische Hetze sowie die beginnenden Ausschreitungen gegen die Juden führten zu Protesten im Ausland. Die Nazis bezeichneten die entsprechenden Berichte über die Zustände in Deutschland als „jüdische Greuelpropaganda" und nahmen sie zum Anlaß, einen ersten großen Schlag gegen den jüdischen Volksteil zu führen. In ihren Presseorganen riefen sie „zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte" am 1. April 1933 auf.[9] Am 31. März 1933 veröffentlichte Julius Streicher, Nazigauleiter von Franken und Herausgeber des antisemitischen Schmutzblattes „Der Stürmer", im „Völkischen Beobachter" einen Artikel unter der Überschrift „Juda erklärt Deutschland den Krieg!", in dem es verlogen und im typischen Nazijargon u.a. hieß:

„... Die marxistischen und bürgerlichen Judenschutzparteien liegen geschlagen am Boden, und damit ist gebrochen die jüdische Hoffnung, die verlorene Herrschaft über das deutsche Volk von innen her zurückerobern zu können. Darum die jüdische Wut. Darum der jüdische Haß. Darum die jüdische Greuel- und Boykotthetze im Ausland...
Am Samstag, dem 1. April, vormittags 10 Uhr, beginnt des deutschen Volkes Abwehraktion gegen den jüdischen Weltverbrecher."[10]

Die „Abwehraktion" war unter der Leitung eines besonders dafür eingesetzten zentralen Komitees, dem

Einzelpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf.

Erscheinungsort Chemnitz
Postverlagsort Dresden

Chemnitzer Tageszeitung

Anzeigenpreise: Laut liegendem Tarif. Anzeigenschluß: abends 8 Uhr, für die Montagnummer: Sonnabends 10 Uhr. Geschäftsstelle Chemnitz, Bahnhofstraße 2. Fernruf: Sa.-Nr. 42758

Das Blatt der Schaffenden aller Stände
Amtliches Mitteilungsblatt der staatlichen und städtischen Behörden
Herausgeber: Martin Mutschmann

Bezugspreis: durch Träger pro Monat RM. 2.30 (einschl. RM. 0.40 Trägerlohn), durch die Post monat. RM. 2.31 einschl. RM. 0.36 Bestellg.) Erscheinungsweise: wöchentlich 6 mal außer Sonn- u. Feiertagen.

Nr. 78 — Sonnabend/Sonntag, 1./2. April — 1933

Boykott!



Wir kämpfen, bis Juda kapituliert!

Die Nazis fordern Boykott. Quelle: Chemnitzer Tageszeitung, 1 (1933) 78, vom 1./2. April

der erwähnte fanatische Antisemit Streicher vorstand, systematisch vorbereitet worden. In den Anweisungen der Nazipartei wurde betont, daß sich der Boykott nur gegen die deutschen und nicht gegen ausländische Juden richtete. Man wollte weitere Konflikte mit dem Ausland vermeiden.

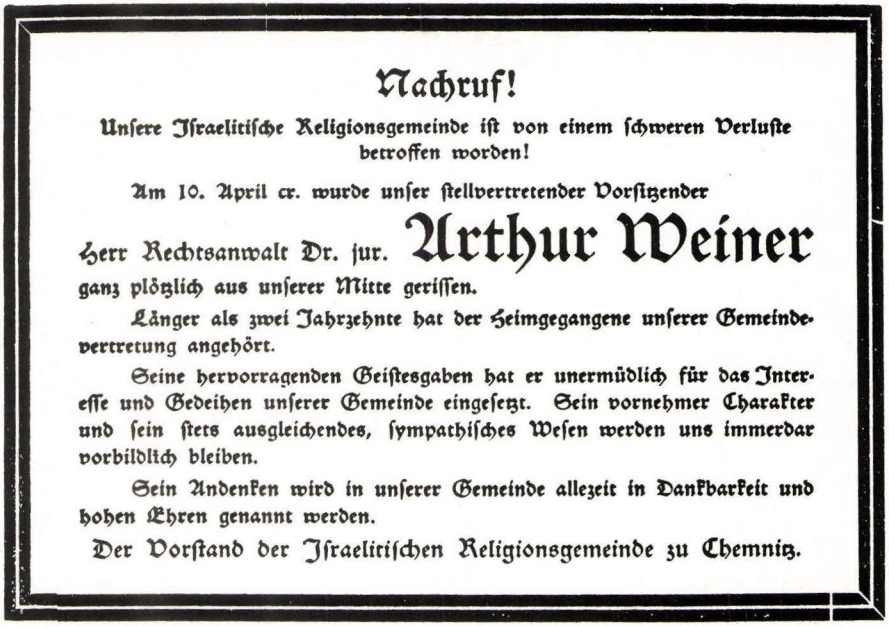
Auch in Chemnitz wurde ein „Aktions-Komitee für den Boykott gegen Juden" gebildet. Am 31. März 1933 gaben die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" die Zusammensetzung des Komitees und die von ihm erlassenen Anordnungen bekannt. Zunächst wurde mitgeteilt:

„Ab Sonnabend, den 1. April, vormittags Punkt 10 Uhr, setzen, soweit nicht bis dahin andere Anordnungen der Reichsleitung der NSDAP eingehen, die Boykott-Aktionen gegen die Juden in Chemnitz ein. Die Boykott-Aktionen gegen jüdische Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte,

jüdische Waren, jüdische Literatur usw. werden unter Einsatz der gesamten Chemnitzer SA, SS und Amtswalter durchgeführt. Die Boykott-Maßnahmen werden reinen Abwehrcharakter tragen. Auf Befehl der Reichsleitung der NSDAP wird keinem Juden ein Haar gekrümmt." Dann wurde die Chemnitzer Bevölkerung aufgefordert, „sich restlos hinter die Anordnung der Reichsleitung der NSDAP zu stellen". Die Nazis schienen sehr wohl gewußt zu haben, daß ihr „Judenboykott" bei den Chemnitzer Einwohnern kaum ungeteilte Zustimmung fand, denn nun kamen massive Drohungen: „Sollte nach dem Einsetzen der Boykott-Aktion ... jemand dem Abwehrwillen der Nation in den Rücken fallen, dann wird ihn das Aktions-Komitee öffentlich als Feind Deutschlands anprangern. Ab Montag, dem 3. April, werden in sämtlichen Chemnitzer Zeitungen Schandlisten veröffentlicht, welche die Namen der Judenknechte enthalten. Außerdem werden Photographen und Filmoperateure durch Chemnitzer Straßen fahren. Diejenigen, die die Absicht haben, den Widerstand durch Kauf beim Juden zu unterwühlen, werden photographisch festgehalten. Das Aktions-Komitee wird dann veranlassen, daß die so Photographierten in den Chemnitzer Kinos laufend der Bevölkerung gezeigt werden, damit diese die Feinde Deutschlands kennenlernt."[11]

Es ist verständlich, daß diese Ankündigungen Unruhe und Angst bei den jüdischen Bürgern hervorriefen. Die „Chemnitzer Tageszeitung" berichtete, daß sich am 31. März der Fabrikant Hans Sachs, Mitinhaber der Trikotagenfabrik Marschel-Frank-Sachs, erschoß, „um der Inschutzhaftnahme durch Polizei und SA zu entgehen".[12] Am gleichen Tage wurde im Chemnitzer Hauptbahnhof der jüdische Arzt Dr. Paul Holzer verhaftet, der fliehen wollte.

Am 1. April zogen nun SA- und SS-Männer vor den jüdischen Geschäften auf. Sie hatten Plakate umgehängt, auf denen Parolen standen wie „Deutsche, verteidigt Euch gegen die jüdische Greuelpropaganda, kauft nur bei Deutschen!" oder „Deutsche wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!". Schmähplakate hingen auch an den Praxen jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte. Überall wurden die Juden angepöbelt. Und es blieb nicht beim „organisierten Boykott", für den die Naziführer Gewalttätigkeiten „verboten" hatten. In einigen Fällen wurden Fensterscheiben zertrümmert, Geschäfte demoliert und jüdische Bürger tätlich bedroht. Es kam weiterhin zu Wohnungsdurchsuchungen, Verhaftungen und zum Mord. Der jüdische Rechtsanwalt und Notar Dr. Arthur Weiner wurde von den Nazis in seiner Wohnung Stollberger Str. 41 überfallen und auf viehische Weise umgebracht.



Nachruf!

Unsere Israelitische Religionsgemeinde ist von einem schweren Verluste betroffen worden!

Am 10. April cr. wurde unser stellvertretender Vorsitzender

Herr Rechtsanwalt Dr. jur. Arthur Weiner

ganz plötzlich aus unserer Mitte gerissen.

Länger als zwei Jahrzehnte hat der Heimgegangene unserer Gemeindevertretung angehört.

Seine hervorragenden Geistesgaben hat er unermüdlich für das Interesse und Gedeihen unserer Gemeinde eingesetzt. Sein vornehmer Charakter und sein stets ausgleichendes, sympathisches Wesen werden uns immerdar vorbildlich bleiben.

Sein Andenken wird in unserer Gemeinde allezeit in Dankbarkeit und hohen Ehren genannt werden.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Chemnitz.

Die Wahrheit über den Tod von Dr. Arthur Weiner wurde von der Chemnitzer Naziführung dermaßen verfälscht, so daß im Chemnitzer Tageblatt vom 14. April die abgebildete Todesanzeige erscheinen konnte.
Quelle: Chemnitzer Tageblatt, 86 (1933) 104, vom 14. April, S. 6

Das Chemnitzer Aktions-Komitee
für den Boykott gegen Juden.

Der Kreisleiter und Kommissar für Chemnitz und die Amtshauptmannschaft Chemnitz, Ernst Mutz, teilt uns mit:

„Mit dem gestrigen Tage (Donnerstag) hat sich das Aktions-Komitee für den Boykott gegen Juden in Chemnitz gebildet. Es steht unter der Leitung des Kreisleiters der NSDAP. Mutz-Chemnitz. Dem Aktions-Komitee gehören folgende Mitglieder an:

Rechtsanwälte: Dr. Herberg, Dr. Stülpnagel, Dr. Freigang.

Ärzte: Dr. med. Christian Hansen, Zahnarzt Dr. Kirsch, Dr. med. Berner, Dr. med. Henning, Apotheker Fritz Meindl, Dentist Fritz Neufang.

Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO.): Reichstagsabgeordneter Ernst Stiehler, Kreisleiter Herbert Roßberg, Betriebsrats-Kommissar Emil Petermann.

Mittelstand: Kreisobmann des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, Maximilian Schreiber, Uhren- und Goldwarenhändler Hans Simon, Standartenführer und Adjutant der Untergruppe Chemnitz der SA.

Presse: Redakteur Waldemar Ballerstedt, Berichterstatter Heinz Artmann.

Kraftfahrwesen: Adjutant der Oberstaffel Kurt Kleindienst, Chemnitz.

Auskunft über Greuellügen in bezug auf Gefangenenbehandlung: Gefangenenanstaltsredner Paul Land, Chemnitz, Humboldtstraße 19, 4.

Das Aktions-Komitee erläßt im nachfolgenden Hinweise und Bekanntmachungen für die kommende Boykott-Aktion:

Ab Sonnabend, den 1. April, vormittags punkt 10 Uhr, setzen, soweit nicht bis dahin andere Anordnungen der Reichsleitung der NSDAP. eingehen, die Boykott-Aktionen gegen die Juden in Chemnitz ein. Die Boykott-Aktionen gegen jüdische Geschäfte, Ärzte, Rechtsanwälte, jüdische Waren, jüdische Literatur usw. werden unter Einsatz der gesamten Chemnitzer SA., SS. und Amtswalter durchgeführt. Die Boykott-Maßnahmen werden reinen Abwehrcharakter tragen.

Auf Befehl der Reichsleitung der NSDAP. wird keinem Juden ein Haar gekrümmt.

Wir bitten die Chemnitzer Bevölkerung, sich restlos hinter die Anordnungen der Reichsleitung der NSDAP. zu stellen, damit durch die wirksame Boykottwaffe der schamlosen, ungeheuerlichen Hetze der Juden im Ausland gegen Deutschland ein Ende bereitet wird. Die anständige deutsche Bevölkerung hat ein ureigenes Interesse daran, daß die Greuellügen im Ausland verschwinden, damit das deutsche Ansehen im Ausland wiederhergestellt wird.

Sollte nach dem Einsetzen der Boykott-Aktion am Sonnabend um 10 Uhr jemand dem Abwehrwillen der Nation in den Rücken fallen, dann wird ihn das Aktions-Komitee öffentlich als Feind Deutschlands anprangern.

Ab Montag, dem 3. April, werden in sämtlichen Chemnitzer Zeitungen Schandlisten veröffentlicht, welche die Namen der Judenknechte enthalten.

Außerdem werden Photographen und Filmoperateure durch Chemnitzer Straßen fahren. Diejenigen, die die Absicht haben, den Widerstand durch Kauf beim Juden zu unterwühlen, werden photographisch festgehalten. Das Aktions-Komitee wird dann veranlassen, daß die so Photographierten in den Chemnitzer Kinos laufend der Bevölkerung gezeigt werden, damit diese die Feinde Deutschlands kennenlernt.

Sollten vom Boykott betroffene jüdische Firmen ab heute etwa ihren Angestellten kündigen oder etwa erteilte Aufträge rückgängig machen, dann wollen sich diese Firmen das Gesetz zum Schutze von Volk und Staat zu Gemüte führen und auf Folgerungen aus ihrem Verhalten gefaßt sein.

Weitere Bekanntmachungen in bezug auf die am Sonnabend, Punkt 10 Uhr, einsetzende Boykott-Aktion werden in der am Freitag stattfindenden Sporthallen-Kundgebung gegeben.

Das Aktions-Komittee für den Boykott gegen Juden. gez. Ernst Mutz, Kreisleiter."

Chemnitzer Faschisten in Aktion.

Quelle: Chemnitzer Neueste Nachrichten, 45 (1933) 77, vom 31. März

In seiner Ausgabe vom 2. April 1933 veröffentlichte das „Chemnitzer Tageblatt“ eine nach Straßen geordnete Aufstellung jüdischer Geschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte, um die Bevölkerung vom Besuch derselben abzuhalten.[13] Am 3. April schrieb die „Chemnitzer Tageszeitung“ im ordinären Nazistil über den Boykott in Chemnitz:

„Auch in Chemnitz ging die Boykottveranstaltung ruhig vonstatten. Um 9 Uhr stellten SA, SS und Amtswalter ... und bezogen Punkt 10 Uhr ihre Posten vor den jüdischen Geschäften. Die Ramschbuden Tietz, Schocken, Balkind und Nordheimer schlossen von selbst ihre Pforten, an keiner Stelle wurde Widerstand geleistet. Das Publikum verhielt sich allgemein vollkommen diszipliniert, nur ganz Verbohrte schickten ihre Kinder aus, um in ihren gewohnten Judenläden Einkäufe zu machen. Sie selbst trauten sich in ihrer Feigheit nicht heraus ...“[14]

Der faschistische Reichspropagandaminister Goebbels kündigte die Fortsetzung des Boykotts „mit eiserner Wucht und Härte“ für den 5. April an, wenn bis dahin die „Greuelhetze“ nicht absolut eingestellt sei.[15] Er log offensichtlich, als er in einer auslandspropagandistischen Rede erklärte, daß während des Boykotts am 1. April keinem Juden in Deutschland „ohne Grund“ ein Haar gekrümmt und der Boykott „in einer vorbildlichen Disziplin ohne Terror und ohne Blutvergießen“ durchgeführt worden wäre.[16]

Die illegal kämpfende Kommunistische Partei Deutschlands verurteilte in einer Erklärung den Boykott und charakterisierte ihn als Mittel, um die unzufriedene Bevölkerung von den wahren



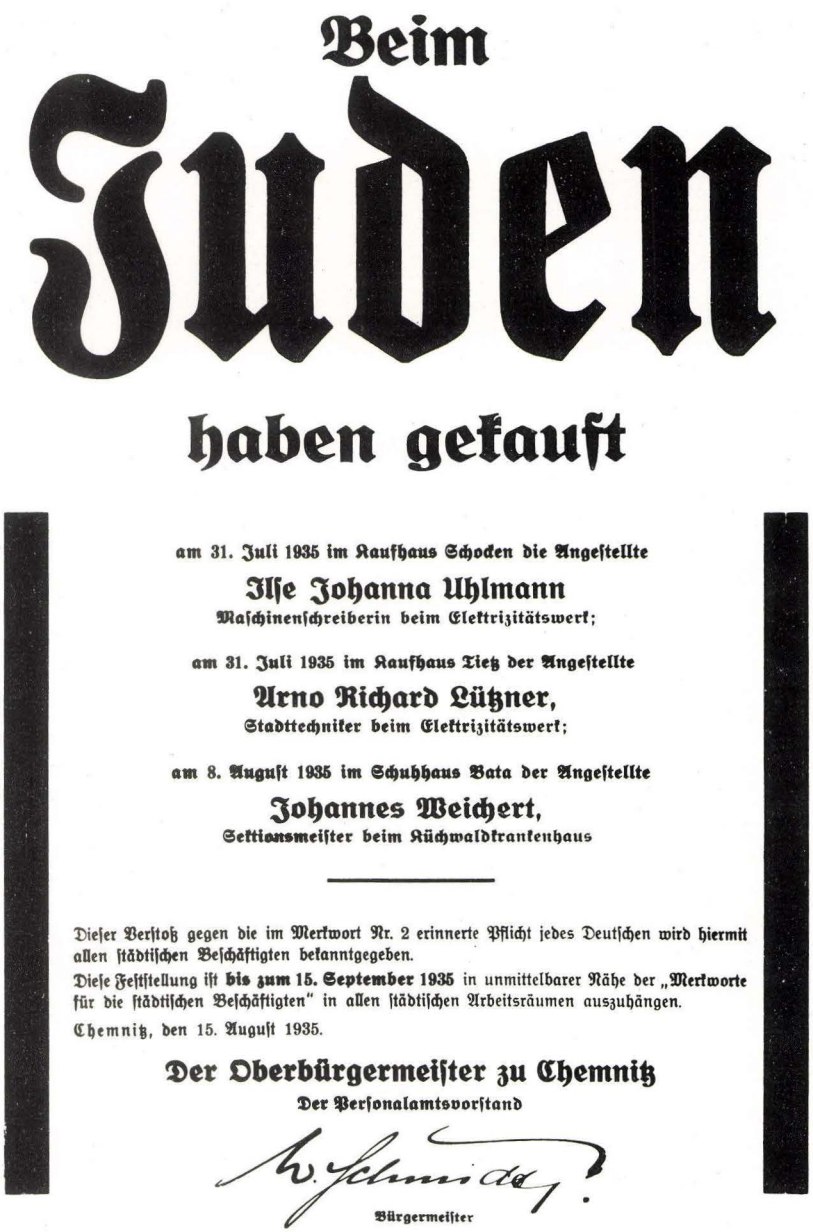
Dr. Heinz W. Litten. Spielleiter und Dramaturg am Schauspielhaus von 1929 bis 1933.
Quelle: Theater-Almanach 1929/30, S. 52
oder: Theater und Kunst. Almanach 1930/31, S. 6

Schuldigen an ihrer politischen und sozialen Lage abzulenken, sowie als Anwendung der faschistischen Rassentheorie.[17]
Obwohl die Einstellung des Boykotts offiziell angeordnet worden war, gingen die antijüdischen Aktionen unvermindert weiter. Unter der Überschrift „Juden haben keinen Platz im Chemnitzer Rathaus – bei Juden wird nichts gekauft!" wurden am 4. April 1933 in der „Chemnitzer Tageszeitung" folgende neue schikanöse Maßnahmen verkündet: Allen Dienststellen und Betriebskrankenkassen wurde untersagt, „Krankenscheine auszustellen oder abzustempeln, die jüdische Ärzte, Zahnärzte und Dentisten zur Behandlung berechtigten, ebenso sollen Apotheken, deren Inhaber Juden sind (Adlerapotheke und Rosenapotheke), von der Lieferung ausgeschlossen sein."[18] Eine besondere Anordnung verbot allen jüdischen Ärzten, Zahnärzten und Apotheken, weiterhin für das städtische Jugend- und Wohlfahrtsamt tätig zu sein.[19] Den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern drohte Entlassung, wenn sie „durch Kauf usw. die Juden unterstützen und fördern". Die Stadtverwaltung mußte alle Geschäftsverbindungen mit jüdischen Firmen lösen. Schließlich wurde verfügt: „Sämtliche Juden, die bei der Stadtverwaltung beschäftigt werden, sind am 5. April 1933 zu beurlauben und zu entlassen." Ebenso wurde zum Beispiel auch in Dresden verfahren. Letztere Maßnahme kommentierte die Zeitung folgendermaßen: „Wir erkennen daraus, daß man auch in Chemnitz daran geht, Juden als lästige Ausländer zu behandeln und aus amtlichen Dienststellen zu entlassen, um deutschgeborenen Volksgenossen, die erwerbslos auf der Straße liegen, Platz zu machen."[20]
Die Entfernung jüdischer Angestellter aus städtischen Diensten ordnete man in Chemnitz also schon an, bevor am 7. April 1933 das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums"[21] erlassen wurde. Dieses Gesetz bestimmte die „Säuberung" aller staatlichen Dienststellen von Personen, die keine Gewähr boten, „rückhaltlos für den nationalen Staat einzutreten". Zugleich legalisierte es auch das Vorgehen zunächst gegen jüdische Beamte, denn im §3, dem sogenannten „Arierparagraphen", hieß es: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen, soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen."
Der „Arierparagraph" wirkte sehr bald weit über den staatlichen und halbstaatlichen Bereich hinaus und richtete sich auch gegen Angestellte in der Industrie und anderen gesellschaftlichen Bereichen.[22] In Durchführung des Gesetzes wurden u. a. der bekannte Kinderarzt Dr. Rudolf Kochmann, der Abteilungsdirektor im Küchwaldkrankenhaus war[23], und der Schauspieldirektor Dr. Heinz W. Litten aus ihren Ämtern vertrieben. Im Zusammenhang mit der Flucht von Heinz Litten aus Chemnitz berichtet seine Mutter in ihrem Buch „Eine Mutter kämpft gegen Hitler" u. a.:
„Mein zweiter Sohn Heinz ist bei Nacht und Nebel im Auto aus Chemnitz geflohen, wo er Regisseur am Stadttheater war ... In Chemnitz hatte man mit Hundepeitschen in der Hand nach ihm gesucht, hatte einen Wacht-



Richard Tauber sen. Generalintendant der Städtischen Theater von 1912 bis 1930. Quelle: Almanach der Städtischen Theater Chemnitz, 1928, S. 2

dienst auf dem Bahnhof eingerichtet, um ihn im Fall seiner Abreise abzufangen. Heinz hatte sich während seiner mehrjährigen Tätigkeit in Chemnitz den stärksten Haß der Nazis zugezogen. Durch revolutionäre Inszenierungen von Stücken mit pazifistischer und sozialistischer Tendenz, durch Einstudierung von Sprechchören mit der Arbeiterjugend und nicht zuletzt durch Vorträge und Artikel, in denen er die Nazis aufs schärfste angriff ..."[24] Aber auch für schon nicht mehr im städtischen Dienst stehende „Nichtarier" hatte das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums folgenschwere Auswirkungen. So wurde zum Beispiel dem in Dresden lebenden Anton Richard Tauber (Vater des berühmten Tenors Richard Tauber), der bis 1930 Generalintendant der Städtischen Theater in Chemnitz war, die Pension erheblich gekürzt.[25] An dieser Stelle eine Bemerkung zu dem von den Faschisten gebrauchten Begriff „arisch". Es handelt sich hierbei überhaupt nicht um einen Begriff aus der Anthropologie, sondern um einen sprachgeschichtlichen Ausdruck. In einer Zuschrift an die „Times", die diese am 7. August 1934 veröffentlichte, äußerten sich britische Naturwissenschaftler über die Unsinnigkeit, von einer „arischen Rasse" zu sprechen. Es hieß dort, „daß ein Ethnologe, der von einer arischen Rasse spricht, von arischem Blut, von arischen Haaren oder Augen, ebenso großen Unsinn redet wie der Sprachforscher, der von einem langschädligen Lexikon oder von einer rundschädligen Grammatik spräche".[26] Bereits die ersten Verfolgungen im Jahr 1933 führten dazu, daß jüdische


Beim
Juden
haben gekauft

am 31. Juli 1935 im Kaufhaus Schocken die Angestellte

Ilse Johanna Uhlmann

Maschinenschreiberin beim Elektrizitätswerk;

am 31. Juli 1935 im Kaufhaus Tietz der Angestellte

Arno Richard Lützner,

Stadttechniker beim Elektrizitätswerk;

am 8. August 1935 im Schuhhaus Bata der Angestellte

Johannes Weichert,

Sektionsmeister beim Küchwaldkrankenhaus

Dieser Verstoß gegen die im Merkwort Nr. 2 erinnerte Pflicht jedes Deutschen wird hiermit allen städtischen Beschäftigten bekanntgegeben.

Diese Feststellung ist bis zum 15. September 1935 in unmittelbarer Nähe der „Merkworte für die städtischen Beschäftigten" in allen städtischen Arbeitsräumen auszuhängen.

Chemnitz, den 15. August 1935.

Der Oberbürgermeister zu Chemnitz

Der Personalamtsvorstand

Bürgermeister

Auszug

aus der Niederschrift über die Dienstbesprechung am 23. September 1935.

Anwesende: Bürgermeister Dr. Härtwig, Bürgermeister Schmidt und 19 Stadträte.
(siehe Anwesenheitsliste zur Niederschrift)

8.

Bürgermeister Schmidt nimmt nochmals Stellung zu dem vom Personalamt eingerichteten "Pranger" und den "Merkworten" für die städtischen Beschäftigten. Gegen den "Pranger" seien Bedenken von der Kreishauptmannschaft erhoben worden. Er werde aber in Zukunft die städtischen Beschäftigten, die noch bei Juden kaufen, fristlos entlassen.

Für richtige Abschrift.
Rathaus Chemnitz, den 24. Sep. 1935

Das Protokoll ist auf Vorlesen genehmigt worden und vollzogen durch

Dr. Härtwig.
Meindl.
Dr. Gliebe
Dr. Claharius Stadtschreiber.

Der Rat der Stadt Chemnitz

Städtische Beschäftigte, die weiterhin bei Juden kauften, wurden fristlos entlassen.
Quelle: StadtA, Rat der Städt, 1600/17, Bl. 13

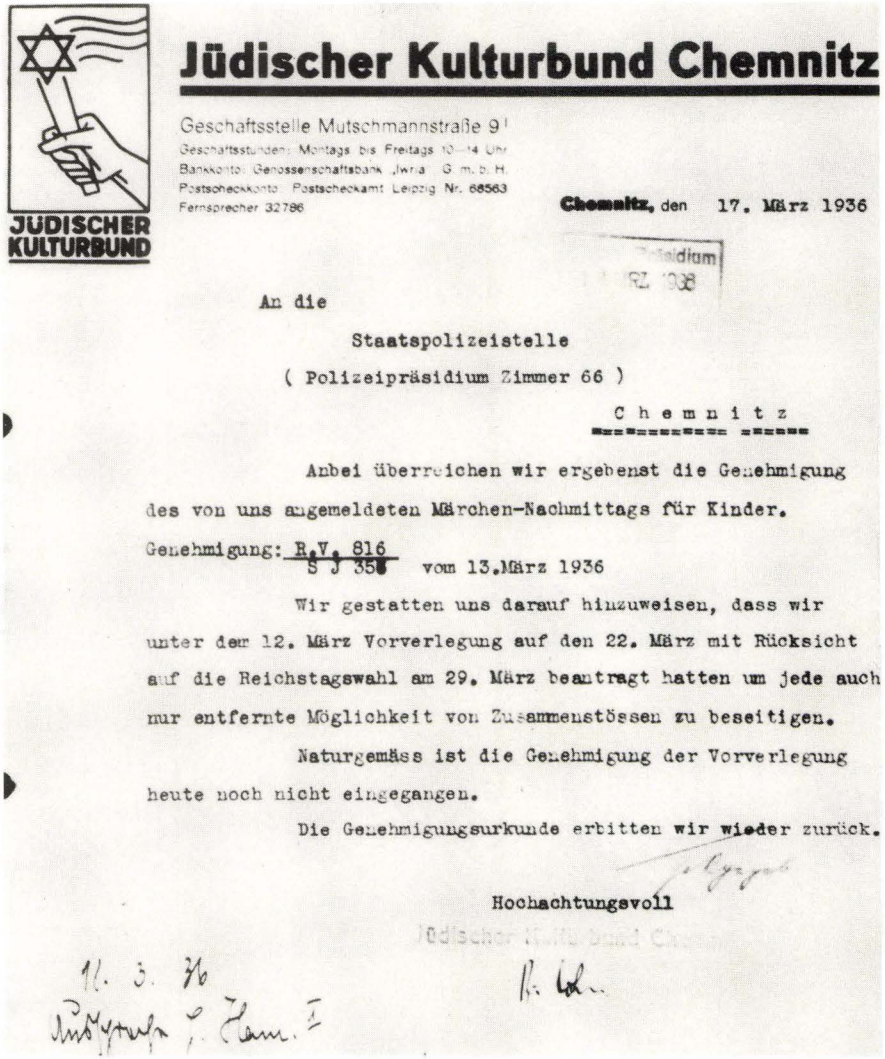
◄

Öffentliche Denunziation von städtischen Angestellten, die in jüdischen Geschäften gekauft hatten.
Quelle: StadtA, Rat der Stadt, 1600/17, Bl. 2

Unternehmer und Geschäftsleute ihre Betriebe zu Spottpreisen verschleuderten und Deutschland verließen. Auch in den Jahren 1934 und 1935 kam es zu einzelnen Boykottmaßnahmen und Ausschreitungen. Infolge des zunehmend belasteten Verhältnisses zum Ausland, und weil man angesichts der wirtschaftlichen Lage die jüdischen Firmen noch brauchte, verbot die Naziführung schließlich alle Einzelaktionen in den Gauen und Kreisen.
Um die Mitte des Jahres 1935 gab es in Chemnitz nach faschistischen Angaben noch die folgende Anzahl

„jüdischer Geschäftsinhaber und Gewerbetreibende“: 18 Ärzte und sieben Zahnärzte sowie zwei Apotheken[27], fünf Rechtsanwälte[28], vier Warenhäuser[29] und 116 sonstige Geschäfte und Handwerksbetriebe[30]. Industriebetriebe sind in diesen Angaben nicht erfaßt.

Von den antijüdischen Aktionen betroffen waren auch die „Arier“, die sich nicht an die Richtlinien der Nazis hielten und durch ihr Verhalten und ihre Handlungen im gewissen Sinne Widerstand leisteten.[31] Dafür zwei Beispiele: Nach wie vor galt für die Angestellten der Chemnitzer Stadtverwaltung das Verbot, bei Juden zu kaufen. Nun fanden sich willfährige Elemente, die ihre eigenen Kollegen bespitzelten und Meldung erstatteten, wenn sie jemanden beim Einkauf in jüdischen Geschäften beobachteten. Bürgermeister Schmidt, der in relativ kurzer Zeit zum SA-Brigadeführer avancierte und später, 1938, als Oberbürgermeister eingesetzt wurde, richtete daraufhin im August 1935 einen „Judenpranger“ ein. Unter der Überschrift „Beim Juden haben gekauft“ wurden die Namen der Angestellten, die in jüdischen Geschäften angetroffen worden waren, in allen städtischen Dienststellen bis 15. September 1935 ausgehängt. Einen zweiten „Judenpranger“ gab es nicht, da diese Aktion nicht die ungeteilte Zustimmung der vorgesetzten Behörden fand. Aber Schmidt drohte: „Für die Pflichtvergessenen wird in Zukunft die Ahndung durch mich als den Verwaltungs- und Betriebsführer ernster ausfallen, weil ich künftig die Entlassung oder das Dienststrafverfahren in Frage ziehen muß.“[32]



JÜDISCHER KULTURBUND

Jüdischer Kulturbund Chemnitz

Geschäftsstelle Mutschmannstraße 9
Geschäftsstunden: Montags bis Freitags 10—14 Uhr
Bankkonto: Genossenschaftsbank „Iwria“ G. m. b. H.
Postscheckkonto: Postscheckamt Leipzig Nr. 68563
Fernsprecher 32786

Chemnitz, den 17. März 1936

Präsidium
[illegible] 1938

An die

Staatspolizeistelle

(Polizeipräsidium Zimmer 66)

Chemnitz

Anbei überreichen wir ergebenst die Genehmigung des von uns angemeldeten Märchen-Nachmittags für Kinder.

Genehmigung: ~~R.V. 816~~ ~~S J 358~~ vom 13.März 1936

Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, dass wir unter dem 12. März Vorverlegung auf den 22. März mit Rücksicht auf die Reichstagswahl am 29. März beantragt hatten um jede auch nur entfernte Möglichkeit von Zusammenstössen zu beseitigen.

Naturgemäss ist die Genehmigung der Vorverlegung heute noch nicht eingegangen.

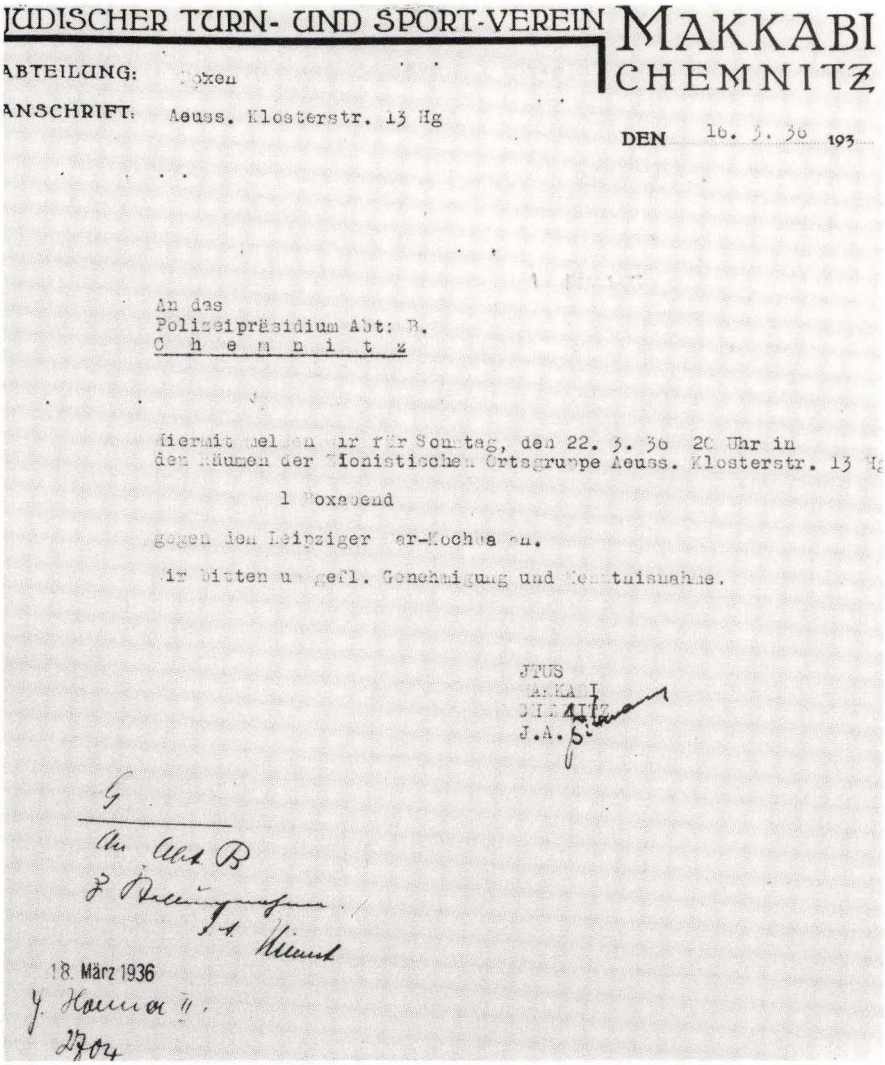
Die Genehmigungsurkunde erbitten wir wieder zurück.

Hochachtungsvoll

Jüdischer Kulturbund Chemnitz

11. 3. 36

Antrag des Jüdischen Kulturbundes Chemnitz auf Genehmigung eines Märchennachmittages.
Quelle: StadtA, Polizeipräsidium, 105, Bl. 15



JÜDISCHER TURN- UND SPORT-VEREIN MAKKABI CHEMNITZ

ABTEILUNG: Boxen

ANSCHRIFT: Aeuss. Klosterstr. 13 Hg

DEN 16. 3. 36 193

An das
Polizeipräsidium Abt: B.
C h e m n i t z

Hiermit melden wir für Sonntag, den 22. 3. 36 20 Uhr in den Räumen der Zionistischen Ortsgruppe Aeuss. Klosterstr. 13 Hg

1 Boxabend

gegen den Leipziger [illegible]er-Kochhe[illegible]

Wir bitten um gefl. Genehmigung und Kenntnisnahme.

JTUS
MAKKABI
CHEMNITZ
J.A. S.

An Abt B
z. Bearbeitung
J.A. Klaus

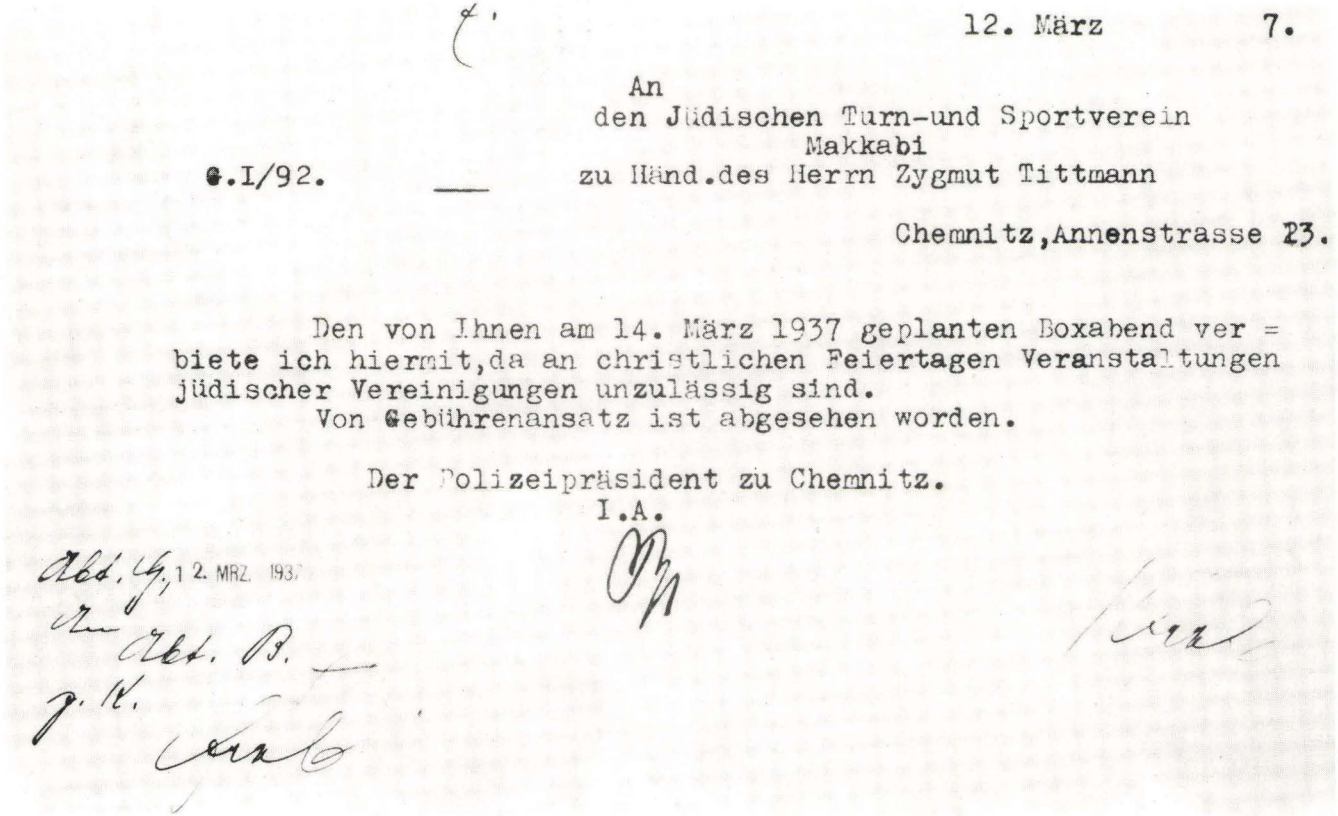
18. März 1936
J. Hammer
2704

Antrag auf Genehmigung einer Sportveranstaltung.
Quelle: Ebenda, Bl. 13a

Aus Befragungen älterer Bürger der Stadt und aus der 1966 erschienenen Publikation Helmut Eschweges „Kennzeichen J“ ist bekannt, daß noch im Jahre 1938 viele Chemnitzer Frauen und Männer trotz Boykotthetze weiterhin in jüdischen Geschäften kauften. Ebenfalls im August 1935 erließen der Polizeipräsident und der Oberbürgermeister (vertreten durch den Bürgermeister Schmidt) einen Aufruf, in dem der Zuzug jüdischer Personen nach Chemnitz als unerwünscht erklärt wurde. Dann folgte auch hier die unverhohlene Drohung: „Im übrigen werden alle Hausbesitzer und Vermieter von Untermietswohnungen nichtjüdischer Rassenzugehörigkeit hiermit dringend gewarnt, nach Chemnitz zuziehenden Personen jüdischer Rassenzugehörigkeit Unterkommen zu gewähren. Es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß sich ein großer Teil nationalsozialistisch gesinnter Bevölkerungskreise gegen solche Vermieter erheben würde, was für diese selbst unter Umständen sehr ernste Folgen haben könnte.“[33]

Zu den Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden gehörte auch, die vor vielen Jahren erfolgte Einbürgerung zu widerrufen. Davon wurden 38 Chemnitzer Juden bis zum Jahr 1937 betroffen.[34]

Im April 1935 war auf Veranlassung des Geheimen Staatspolizeiamtes in Abstimmung mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda der „Reichsverband der jüdischen Kulturbünde in Deutschland“ gegründet worden. Der Verband diente dem Zweck, sämtliche jüdischen kulturellen Vereinigungen „zur leichteren Erfassung und zentralen



12. März 7.

An
den Jüdischen Turn-und Sportverein
Makkabi
zu Händ.des Herrn Zygmut Tittmann

Chemnitz,Annenstrasse 23.

6.I/92.

Den von Ihnen am 14. März 1937 geplanten Boxabend ver = biete ich hiermit,da an christlichen Feiertagen Veranstaltungen jüdischer Vereinigungen unzulässig sind.
Von Gebührenansatz ist abgesehen worden.

Der Polizeipräsident zu Chemnitz.
I.A.

Abt. IV, 12. MRZ. 1937
An Abt. B.
z. K.

Nach 1935 wurden Veranstaltungen der jüdischen Kultur- und Sportvereinigungen immer weiter eingeschränkt und zeitweilig verboten.
Quelle: StadtA, Polizeipräsidium, 105, Bl. 14

Überwachung zusammenzufassen".[35] Nicht in den Reichsverband eingegliederte jüdische kulturelle Organisationen wurden mit Ausnahme der Schul- und Kultusgemeinden, die öffentlich-rechtlichen Charakter hatten, aufgelöst. In den Städten – so auch in Chemnitz – wurden örtliche Kulturbünde gebildet. Veranstaltungen des örtlichen Kulturbundes mußten spätestens zehn Tage voher bei der Gestapo angemeldet werden. Die Leitung des Reichsverbandes und die jeweilige örtliche Leitung des Kulturbundes waren „mit ihren sämtlichen Personen dafür verantwortlich, daß die Veranstaltungen sich in keiner Form und keiner Richtung gegen den nationalsozialistischen Staat und seine Gesetze und Grundforderungen"[36] wandten. Der öffentliche Verkauf von Karten für Veranstaltungen war untersagt. Aus den noch vorhandenen Anmeldungen für die Durchführung z. B. eines Bunten Abends des Jüdischen Jugendringes Chemnitz, eines Teeabends der Zionistischen Ortsgruppe oder einer Boxveranstaltung des Jüdischen Turn- und Sportvereins MAKKABI Chemnitz ist ersichtlich, wie die jüdischen Bürger versuchten, die ihnen noch verbliebenen wenigen Rechte wahrzunehmen und ihr Zusammen-

Geheime Staatspolizei
Staatspolizeistelle Chemnitz -
A. B. Nr.339.

Chemnitz, den 5.3.1937.

Betr. Jüd. Turn-u. Sportverein
"Makkabi" Chemnitz.

Der Jüd. Turn-u. Sportverein "Makkabi" Chemnitz, beabsichtigt Sonntag den 7.3.1937 in den Wirtschaftsräumen der Judenloge "Saxonia" hier, Mutschmannstraße 9, ein geselliges Beisammensein mit Tanz durchzuführen.

Insgesamt werden etwa 120 Juden, insbesondere Mitglieder des genannten Vereins, an dieser Zusammenkunft teilnehmen.

Diese jüdische Veranstaltung, die von der Landesstelle Sachsen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda unter verschiedenen Auflagen genehmigt worden ist, wird von hier aus überwacht.

Am 5.3.1937 meldete der Jüd. Sportverein erneut für Sonntag, den 14.3.1937, einen Boxabend bei der Staatspolizeistelle an.

Weil diese jüdische Organisation in der letzten Zeit öfters versucht, ihre wichtigen Veranstaltungen vorwiegend Sonntags abzuhalten, wird von hier aus im Vorschlag gebracht, die fragliche Veranstaltung auf Grund der Verfügung des Politischen Polizeikommandeurs der Länder - II 1 B 2 - J 1449/35 - vom 24.11.1935 nicht zu genehmigen.

Kriminal-Sekretär.

Quelle: Ebenda, Bl. 27

leben aufrechtzuerhalten, soweit das bei der zunehmenden Unterdrückung überhaupt möglich war. Die Mehrzahl der angemeldeten Veranstaltungen, die im Israelitischen Gemeindehaus in der damaligen Mutschmannstr. 6 (heute Dr.-Richard-Sorge-Str.) oder im Heim der Zionistischen Ortsgruppe im Hintergebäude des Hauses Äußere Klosterstr. 13 stattfinden sollten, wurden von der Gestapo verboten.[37] Welche Rückwirkungen die seit 1933 gegen die jüdischen Mitbürger durchgeführten Maßnahmen auf die Haltung der Chemnitzer Einwohner hatten, läßt sich nicht hinreichend konkret einschätzen. Man kann aber sicherlich davon ausgehen, daß die für ganz Deutschland vorliegenden Aussagen im wesentlichen auch auf Chemnitz zutreffen. Danach war die Haltung sehr widerspruchsvoll. Die aktiven antifaschistischen Kräfte übten Solidarität mit den Juden und suchten ihr Los zu erleichtern. Einem Teil der Nazis reichten die Verfolgungen nicht aus, weil noch keine Enteignung der jüdischen Betriebe und Geschäfte erfolgte. Viele der faschistischen Gefolgschaft und der Mitläufer zogen ihren Vorteil aus den antisemitischen Aktionen. Sie „konnten in freigewordene Arbeitsstellen eintreten, erhielten bessere Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten oder sahen ihre Konkurrenz beseitigt oder eingeschränkt".[38] Ein großer Teil der Bevölkerung, der die Verfolgungen sicherlich nicht guthieß, verhielt sich passiv, weil die faschistischen Aktionen einschüchternd und abschreckend wirkten und dazu beitrugen, „eine tiefe Furcht vor jedem Konflikt mit den Machthabern und ihrem Apparat einzuflößen".[39]

Polizeipräsidium Chemnitz
- Abteilung B -
am 19. 3. 36

Am 18.3.36 wurde der Geschäftsführer der Zionästischen Ortsgruppe Chemnitz, der Angestellte T i t t m a n n , von der Verordnung des Staatsministers des Innern vom 14.3.36, wonach sämtliche Versammlungstätigkeit der Jüdischen Organisationen bis einschließlich 29, 3. 36 untersagt sind, in Kenntnis gesetzt. T i t t m a n n versprach sämtlichen Gliederungen sofort die nötigen Anweisungen zu erteilen.

Hauptwachtmeister d. Schupo.

Quelle: Ebenda, Bl.13b

Eine neue Stufe erreichte die Judenverfolgung mit der verstärkten ideologischen Kriegsvorbereitung. Der Antisemitismus wurde zur Staatsdoktrin erhoben. Durch die „Nürnberger Gesetze“ fixierte das Naziregime nun auch juristisch den Ausschluß der Juden aus seiner „Volksgemeinschaft“. Der im Parteiprogramm der NSDAP enthaltene Grundsatz „Kein Jude kann Volksgenosse sein“ wurde verwirklicht. Das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, die am 15. September 1935 vom Reichstag anläßlich des sogenannten „Reichsparteitages der Freiheit“ in Nürnberg verkündet worden waren, richteten sich gegen alle Menschen jüdischer Herkunft schlechthin und deklassierten sie zu einer zu verachtenden, menschlich und moralisch minderwertigen Gruppe. Alle jüdischen Deutschen wurden unter Ausnahmerecht gestellt.[40]

Im Reichsbürgergesetz[41] wurde bestimmt, daß Reichsbürger nur der „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes“ sein konnte. Juden konnten somit nicht Reichsbürger sein. Sie durften kein öffentliches Amt bekleiden und hatten kein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten. Das Gesetz unterschied also zwischen Reichsbürgern und Staatsangehörigen. Wer seine „arische Abstammung“ nicht nachweisen konnte, blieb zwar Staatsangehöriger, weil er dem „Schutzverband des Deutschen Reiches“ angehörte, verlor aber die bürgerlichen Rechte. Die staatsrechtliche Gleichstellung der Juden, die in den deutschen Teilstaaten im 19. Jahrhundert erfolgt war, wurde damit völlig beseitigt.[42]

Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre[43] verbot die Eheschließung zwischen Juden und Staatsangehörigen „deutschen oder artverwandten Blutes“ sowie entsprechende außereheliche Beziehungen, die als „Rassenschande“ bezeichnet wurden. Außerdem wurde den Juden untersagt, in ihrem Haushalt nichtjüdische weibliche Angestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen. Auch „das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben“ war ihnen nicht gestattet. Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz wurden mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen geahndet. Für „Rassenschande“ wurde später aber auch die Todesstrafe verhängt und vollstreckt.

Im Zusammenhang mit dem Verbot von „Rassenmischehen“ wurde in einem Runderlaß des Reichsinnenministers vom 26. November 1935 die „juristische“ Bestimmung der Begriffe „Jude“ (Abstammung von drei volljüdischen Großeltern), „Mischling ersten Grades“ (Abstammung von zwei volljüdischen Großeltern) und „Mischling zweiten Grades“ (Abstammung von einem volljüdischen Großelternteil) vorgenommen. Maßgebend dabei war die Zugehörigkeit der Großeltern zur „jüdischen Rasse“.

Zu dieser wurde aber auch jeder gezählt, der der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte. Außer Ehen zwischen Juden und „Deutschblütigen“ waren auch solche zwischen Juden und „Mischlingen zweiten Grades“ sowie zwischen „Mischlingen zweiten Grades“ verboten. Ebenso waren Ehen zwischen „Mischlingen ersten und zweiten Grades“ untersagt.[44]

Vor jeder Eheschließung – wie auch bei Bewerbungen und anderen Anlässen – mußte der Nachweis der „arischen Abstammung“, z. B. in Form eines Ahnenpasses, erbracht werden. Beim großen „Ariernachweis“ war die Abstammung bis zum Jahr 1800 zurückreichend zu belegen. Zu diesem Zweck wurden Ahnentafeln angefertigt, wobei auch die Schulkinder mitwirken mußten. In diesem Zusammenhang berichtete der Chemnitzer Bezirksschulrat an den sächsischen Volksbildungsminister am 1. März 1938:

„Die Aufstellung von Ahnentafeln ist in allen Schulen mit Ernst und Eifer vorgenommen worden. Sowohl die Kinder der 1. Klassen als auch die Reiflinge aus anderen Klassen sind erfaßt worden. Erleichtert wurde die Arbeit dadurch, daß viele Väter in Beruf und Organisation ihre Ahnentafel aufstellen und die Urkunden dazu beschaffen mußten und daß viele Kinder in der Jugendorganisation dazu angehalten worden sind.“[45]

Entsprechend einer Verfügung des sächsischen Ministeriums für Volksbildung vom 15. Oktober 1935 mußten

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre.

Vom 15. September 1935.

Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des Deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die Deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Ausland geschlossen sind.

(2) Die Nichtigkeitsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.

§ 2

Außerehelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.

§ 3

Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren in ihrem Haushalt nicht beschäftigen.

§ 4

(1) Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.

(2) Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.

§ 5

(1) Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft.

(2) Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft.

(3) Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6

Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers und dem Reichsminister der Justiz die zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 7

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung, § 3 jedoch erst am 1. Januar 1936 in Kraft.

Nürnberg, den 15. September 1935,
am Reichsparteitag der Freiheit.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß
Reichsminister ohne Geschäftsbereich

Eines der „Nürnberger Gesetze".
Quelle: RGBl. 1935, S. 1146

alle eventuell noch im Dienst verbliebenen volljüdischen Lehrer entlassen werden. Die Erfassung im Chemnitzer Schulbezirk ergab, daß zu diesem Zeitpunkt an den Volks- und Hilfsschulen der Stadt keine jüdischen Lehrer mehr tätig waren.[46] Im Jahr 1936 wurde festgestellt, daß am Reformrealgymnasium und an der Höheren Textilfachschule noch je ein „nichtarischer" Lehrer unterrichteten. Das veranlaßte den Rat der Stadt darauf hinzuweisen, daß künftig bei der „Behandlung von Judenfragen" ein strengerer Maßstab anzulegen sei.[47]
Von den städtischen Angestellten – aber auch von Beschäftigten in anderen Bereichen – mußte folgende Erklärung abgegeben werden:
„Mir sind bei sorgfältiger Prüfung keine Umstände bekannt, die die Annahme rechtfertigen könnten, daß ich nicht arischer Abstammung bin oder daß einer meiner Eltern- oder Großelternteile zu irgendwelcher Zeit der jüdischen Religion angehört haben."[48]
Nach Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze" wurden besonders diejenigen jüdischen Bürger verfolgt, die intime Beziehungen zu „Ariern" unterhielten. So berichtete die „Allgemeine Zeitung" am 19. Oktober 1936: „Der in Chemnitz wohnende 49jährige Händler und Jude Israel Miller wurde wegen Rassenschande festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Miller hat das Liebesverhältnis, das er bereits von Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre mit einer hier wohnenden Schneiderin unterhielt, auch nach dieser Zeit fortgesetzt und bis in die letzte Zeit rassenschänderischen Verkehr mit ihr unterhalten."[49] Der ebenfalls in Chemnitz wohnhafte Jude Edgar Conradi wurde im Jahr 1936 aus gleichen Gründen zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.[50]
Die Wut der Nazis richtete sich auch weiterhin gegen die „Deutschblütigen", die es noch wagten, mit jüdischen Bürgern Umgang zu pflegen. Darüber gibt der „Judenhefter" des Bürgermeisters Schmidt Auskunft, der für die Jahre 1935 bis 1937 nichts anderes als Denunziationen städtischer Angestellter enthält.[51] So wurde die Ballettmeisterin der Städtischen Theater, Toni Stein, bei der NSDAP-Kreisleitung angezeigt, weil sie bei einer jüdischen Familie wohnte. In das Personalamt des Rates der Stadt bestellt, gab sie zu Protokoll, daß sie bereits ausgezogen sei. Daraufhin zog das Personalamt nochmals Erkundigungen darüber ein, ob die Ballettmeisterin nunmehr wirklich bei einem Nichtjuden wohne.[52] Die Operettensängerin Jolantha von Wieck wurde denunziert, weil sie Kleider in einem jüdischen Modellhaus gekauft hatte. Das Personalamt sprach ihr dafür einen Tadel aus. Später wurde bekannt, daß die Sängerin bei einer jüdischen Witwe, die ihren Haushalt mit weiteren Juden teilte, zur Untermiete wohnte. Das veranlaßte den Kreisleiter der Nazipartei, ein Schreiben an den Bürgermeister Schmidt zu richten, in dem es u. a. hieß: „... Abgesehen davon, daß es an sich reichlich verwunderlich erscheint, daß sich eine deutsche Künstlerin unter einer derartigen Mischpoke wohl fühlt, ist es wohl kaum zu verantworten, daß diese ihr bei einem städtischen Unternehmen verdientes Geld zum Teil der jüdischen Vermieterin ... zuführt. Ich bitte deshalb umgehend, das entsprechende zu veranlassen und mir vom Ergebnis zu berichten."[53] Schmidt antwortete, daß er der Sängerin „Wohnungswechsel aufgegeben und für den Fall, daß sie diesen ablehnt, Entlassung in Aussicht gestellt" habe. Unter diesem Druck zog die Künstlerin um.
Es finden sich auch Denunziationen wegen des Besuchs jüdischer Ärzte oder wegen des Verrichtens von „Hausmannsdiensten" für Juden.[54] Einer einfachen Marktfrau wurde nachgespürt, da gemeldet war, daß „sie sich auf anderen Märkten mit in die Reihen der Juden hätte stellen müssen".[55] Die polizeilichen Ermittlungen ergaben jedoch, daß die Händlerin „deutschblütig" war.
Auch wurden von den Nazis Listen mit den Namen von Personen veröffentlicht, die mit Juden in intime Beziehungen getreten waren.[56] Es ist nicht schwer zu ermessen, welches menschliche Leid mit der Anwendung der verbrecherischen Nürnberger Gesetze verbunden war.
In den Jahren 1936/37 arbeitete der Sicherheitsdienst der SS bereits an Projekten für eine „Endlösung der Judenfrage", wobei zum damaligen Zeitpunkt die Absicht im Vordergrund stand, alle jüdischen Deutschen zum baldigen Verlassen des Reichsgebietes zu zwingen.[57] Für die Auswanderung wurde eine „Reichsfluchtsteuer" erhoben, die den Faschisten z. B. im Rechnungsjahr 1938 eine Summe von 342,6 Millionen RM einbrachte.[58] Vom 1. Februar 1933 bis zum 1. April 1936 waren rund 93000 jüdische Bürger aus Deutschland vertrieben worden.[59] Nach Schätzungen des faschistischen

Sicherheitsdienstes lebten im Juni 1937 im Deutschen Reich noch etwa 672000 jüdische Menschen.[60] Über die Anzahl der zu dieser Zeit noch in Chemnitz wohnhaften Juden ist keine annähernd genaue Aussage möglich.
Das Jahr 1938 markierte sowohl in der faschistischen Aggressions- und Expansionspolitik als auch bei der forcierten Aufrüstung und bei der Verfolgung der jüdischen Bürger einen bedeutenden Einschnitt.
Um die Jahreswende 1937/38 begannen die Vorbereitungen für wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen gegen die Juden. Derartige Maßnahmen waren nach dem Boykott vom April 1933 im wesentlichen ausgesetzt und dann immer wieder aufgeschoben worden, weil man auf den jüdischen Anteil in der Wirtschaft nicht verzichten konnte und Bedenken wegen der Reaktionen des Auslandes hatte. Nunmehr war das faschistische Regime wirtschaftlich gefestigter und außerdem hatte sich gezeigt, daß die Judenverfolgung zu keinen wirklich ernsten Gegenmaßnahmen der ausländischen Kapitalisten führte.
Nach der Annexion Österreichs wurde die Verfolgung der jüdischen Bürger vor allem in Wien gleichsam zu einer Art „Modellfall" für das weitere Vorgehen der Nazis. Die Wiener Juden wurden öffentlich gedemütigt und schikaniert, teilweise ghettoisiert und zur Auswanderung gezwungen. Ihr Vermögen wurde geraubt.
Mit dem Angriff auf das jüdische Eigentum wollten die Nazis die Finanzierung der Rüstung verbessern und zusätzliche Einnahmen für die Staatskasse erreichen.[61] Am 26. April 1938 wurde die „Verordnung über die Anmeldung der Vermögen der Juden"[62] erlassen, nach der jeder Jude sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen anzumelden und zu bewerten hatte. Diese Verordnung war eine Grundlage für den späteren Raub des jüdischen Eigentums, über das sich der faschistische Staat die Verfügungsgewalt sicherte. Ein Dekret vom 2. Mai 1938 bestimmte, daß den Juden, die unter dem Druck der Verfolgung ihre Firmen verkauften, der Kaufpreis nicht ausgezahlt wurde. Die „arischen" Käufer mußten das Geld an die Reichsbank zahlen, von der die jüdischen Verkäufer wertlose Schatzanweisungen erhielten.[63] Es wurde nun angestrebt, die Juden möglichst schnell aus der Wirtschaft zu verdrängen.
Generell nahm die Verfolgung der jüdischen Bürger immer schärfere Formen an. Es ergingen Anordnungen und Erlasse, die auch die Chemnitzer Juden hart trafen. Im Juli 1938 wurde der Kennkartenzwang eingeführt, d. h. die jüdischen Bürger wurden verpflichtet, sich bei allen Ämtern mittels einer von der Polizei ausgestellten „Kennkarte" als Jude auszuweisen. Im gleichen Monat erging eine Verordnung zum Reichsbürgergesetz, in der bestimmt wurde, daß die Approbationen jüdischer Ärzte am 30. November 1938 erloschen. Im Ausnahmefall konnte die Behandlung lediglich jüdischer Patienten weiterhin gestattet werden. Berufsverbot wurde ebenfalls gegen jüdische Rechts- und Patentanwälte verhängt. In einem Runderlaß vom 18. August 1938 verfügte der Reichsminister des Innern, daß Juden nur die in einer Anlage des Erlasses angeführten jüdischen Vornamen (z. B. Abel, Absalom, Barak, Baschewa, Brocha) „beigelegt" werden durften. Führten sie andere Vornamen, dann mußten sie ab 1. Januar 1939 zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen „Israel", weibliche Personen den Vornamen „Sara". Bei Nennung des Namens war dieser Vorname stets mit anzugeben. Aufgrund einer weiteren Anordnung vom 5. Oktober 1938 wurden die jüdischen Bürger gezwungen, ihre Reisepässe mit der Kennzeichnung „J" versehen zu lassen.[64]
Zu dieser Zeit waren auch bereits in vielen Geschäften und Gaststätten Schilder mit den Aufschriften „Juden unerwünscht" oder „Juden ist der Zutritt verboten" angebracht.[65]
Ende Oktober 1938 wurden etwa 17000 staatenlose Juden aus Deutschland vertrieben.[66] Die Regierung Polens hatte den im deutschen Reichsgebiet lebenden polnischen Juden die Staatsangehörigkeit entzogen. Das veranlaßte die Naziführung, sich dieser nun staatenlosen jüdischen Menschen kurzerhand zu entledigen und sie nach Polen abzuschieben. Am 27. Oktober 1938 erhielt auch der Chemnitzer Polizeipräsident eine entsprechende Weisung, in deren Ausführung alle in Chemnitz wohnenden polnischen Juden – Männer, Frauen und Kinder – in einer großangelegten Aktion durch Gestapo und Polizei verhaftet und in „Baum's Ballsäle" gebracht wurden. Von dort schaffte man sie dann gegen 23.00 Uhr zum Hauptbahnhof. Mit der Eisenbahn am Grenzübergang Beuthen angekommen, trieben SS und Polizei die unglücklichen Menschen in das Niemandsland zwischen Deutschland und Polen. Die polnische Regierung

verweigerte den Ausgewiesenen zunächst den Grenzübertritt, so daß sie mehrere Tage ohne ausreichende Nahrung und den Witterungsunbilden ausgesetzt auf freiem Felde ausharren mußten. Nach vorliegenden Angaben wurden 318 Chemnitzer Juden von der Aktion betroffen.[67] Damit dürfte die Anzahl der in der Stadt verbliebenen jüdischen Bürger kaum noch 2000 betragen haben.

Bis 1938 erlaubten die Nazis die Herausgabe einer jüdischen Zeitung, deren Schriftleitung ihren Sitz in Chemnitz hatte. Sie nannte sich zunächst „Jüdische Zeitung für Mittelsachsen, Chemnitz – Annaberg – Zwickau – Plauen". 1937 wurde die Redaktion angewiesen, den Titel der Zeitung zu ändern. Ab 6. August 1937 hieß sie nun „Jüdisches Gemeindeblatt für Mittelsachsen, Chemnitz – Annaberg – Zwickau – Plauen". Der Zeitungskopf trug jetzt links oben einen Davidstern und rechts war folgender Text aufgedruckt: „Angemeldet beim Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda betr. Überwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet". Die Zeitung unterlag strenger Zensur. Die letzte Ausgabe erschien am 7. November 1938.[68]

Die sich ständig verschärfenden Verfolgungsmaßnahmen verschonten auch die jüdischen Kinder nicht. Im Jahr 1933 gab es an den Chemnitzer Volks- und Hilfsschulen 245 jüdische Schüler (die sogenannten „Mischlinge" nicht mitgezählt)[69], die bis dahin den nichtjüdischen Kindern völlig gleichgestellt waren. Nach dem Machtantritt der Faschisten wurden sie nun diffamiert und zunehmend isoliert. Dennoch gab es Beispiele für ein gutes Verhältnis zwischen jüdischen und „arischen" Kindern sowie ihren Eltern. So berichtet der bis zur Deportation in Chemnitz lebende jüdische Bürger Adolf Diamant:

„Das Verhalten meiner Mitschüler mir gegenüber war ausgezeichnet ... Viele Eltern meiner Mitschüler (ich war der einzige Jude in der Klasse und die Schule besuchten insgesamt vier jüdische Kinder) wußten, daß ich Jude bin und trotzdem erlaubten sie mir ... ihre Kinder zu Hause zu besuchen, Hausaufgaben mit ihnen zu machen und mit ihnen zu spielen. Umgekehrt muß ich feststellen, daß bis auf 2–3 Schulfreunde ... mich zu Hause keiner besuchte. Dies mag auch daran gelegen haben, daß meine Eltern meinen Klassenkameraden und deren Eltern keine Schwierigkeiten bereiten wollten ..."[70]

Im Jahr 1937 – die Anzahl der Schüler war bereits auf 177 „Voll"- und 28 „Halbjuden"[71] zurückgegangen – sollte die Israelitische Religionsgemeinde aus eigenen Mitteln eine jüdische Schule gründen. Da sie dies nicht vermochte[72], wurden Ostern 1938 jüdische Sonderklassen gebildet und im Anbau der Brühlschule für Mädchen, Mühlenstraße 94, streng getrennt untergebracht. Damit wurde „die restlose Rassentrennung der jüdischen von den arischen Schülern" an den Volksschulen in Chemnitz durchgeführt.[73] Vorher waren nach einer gründlichen Erfassung alle jüdischen Kinder aus den anderen Schulen ausgeschult worden.[74] Die offizielle Bezeichnung der Schule lautete: „Jüdische Sonderklassen der Volksschule, Chemnitz. Mühlenstr. 94, Anbau."[75]

Die Sonderklassen waren in vier Abteilungen gegliedert, und zwar
Abteilung I: Klassen 1 und 2
Abteilung II: Klassen 3 und 4
Abteilung III: Klassen 5 und 6
Abteilung IV: Klassen 7 und 8.[76]
Das bedeutete, daß die in der jeweiligen Abteilung zusammengefaßten Klassen gemeinsam unterrichtet wurden. Das gab es seit langem an keiner anderen Schule in Chemnitz mehr.

Der Unterricht für die nunmehr noch 150 Kinder[77] – die Verminderung ihrer Anzahl gegenüber dem Jahr 1937 wurde mit der Auswanderung weiterer Juden aus Chemnitz begründet[78] – konnte jedoch erst Mitte 1938 beginnen, da keine jüdischen Lehrkräfte vorhanden waren. Zwei Lehrer und eine Lehrerin nahmen dann ihre Tätigkeit auf. Sie mußten folgende Erklärung unterschreiben:

„Bei Übernahme des Unterrichts in den jüdischen Sonderklassen in Chemnitz verspreche ich mit Handschlag,

1.) daß in diesen Klassen der öffentlichen Schule nichts geredet oder getan wird und nichts geschehen soll, was sich gegen den nationalsozialistischen Staat, seinen Führer und die in seinem Dienst und Auftrag Handelnden richtet,
2.) daß die Kinder dieser Klassen so zur Ordnung angehalten werden sollen, daß von ihnen aus jeder Zusammenstoß mit arischen Kindern vermieden wird und den Leuten in der Umgebung der Schule keinerlei Ursache zu Klagen gegeben wird,
3.) mich nur an die Weisungen der staatlichen Schulbehörden gebunden zu fühlen."[79]

JÜDISCHE ZEITUNG

für Mittelsachsen CHEMNITZ

Annaberg * Zwickau * Plauen

Dieses Blatt wird sämtlichen Gemeindemitgliedern von Chemnitz und deren Landbezirken zugestellt

Verlag: Berthold Horwitz, Chemnitz, Heinrich-Beck Straße 4, Fernruf 23944 — Schriftleitung: Rabbiner Dr. Fuchs, Chemnitz, Agricolastraße 15, Fernruf 31600

Nr. 22 | Chemnitz, den 23. Juli 1937 | 7. Jahrgang

✡ Jüdisches Gemeindeblatt

Angemeldet beim Sonderbeauftragten des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda betr. Ueberwachung der geistig und kulturell tätigen Juden im deutschen Reichsgebiet

für Mittelsachsen Chemnitz

Annaberg • Zwickau • Plauen

Verlag: Berthold Horwitz, Chemnitz, Heinrich-Beck Straße 4 — Verantwortlich für den Chemnitzer Textteil: Rabbiner Dr. Fuchs, Chemnitz, Agricolastraße 15

Nr. 23 | Chemnitz, den 6. August 1937 | 7. Jahrgang

Obwohl die Lehrkräfte ausgebildete Pädagogen waren, wurden sie lediglich als „Aushilfslehrer“ besoldet. Das monatliche Bruttogehalt betrug für die Lehrer 171,– RM, für die Lehrerin jedoch nur 153,90 RM. Auf Vergünstigungen, die sonst den Lehrern zustanden, hatten sie keinen Anspruch.[80] Nach der Vertreibung der polnischen bzw. staatenlosen Juden aus Chemnitz Ende Oktober 1938 verblieben noch 56 Schüler. 94 schulpflichtige Kinder (75 Kinder polnischer Nationalität und 19 Staatenlose) waren mit ausgewiesen worden.[81]
Obwohl die jüdischen Bürger durch die Anwendung der Nürnberger Gesetze, die zunehmende Benachteiligung, die Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Existenz durch die fortschreitende „Arisierung“ und durch die vielfältigen anderen Verfolgungsmaßnahmen ständig stärker drangsaliert wurden, blieben die meisten von ihnen auch weiterhin in Deutschland. Dafür waren verschiedene Ursachen maßgebend. Es waren die Anhänglichkeit an die deutsche Heimat, die Ungewißheit über das Emigrantenschicksal und die Hoffnung auf eine Änderung der Verhältnisse ebenso wie die Bindung an Besitz, die sozialen, politischen und religiösen Unterschiede und Differenzen zwischen den deutschen Juden sowie auch nicht zuletzt das Unvermögen vieler, sich politisch sicher zu orientieren. Hinzu kam noch, daß viele Juden nicht die finanziellen Mittel für eine Auswanderung aufbringen konnten. Diese Faktoren wirkten einzeln oder zusammen und hielten die Mehrheit der Juden vom Verlassen Deutschlands ab.[82]

Zu C 126/1. Chemnitz, den 27. September 1935.

An

den Herrn kommissarischen Leiter des
Ministeriums für Volksbildung

D r e s d e n .

Betr. Rassentrennung auf den öffentlichen Schulen.

Zur Verfügung vom 17.ds.Mts. wird folgendes berichtet:
In dem Schulbezirk Chemnitz besuchen etwa 220 jüdische Kinder die Volksschule. Dazu kommt möglicherweise eine Anzahl aus dem Kreis Chemnitz. Die Halb- und Vierteljuden sind in verschwindender Minderheit.
Bis auf ganz wenige Ausnahmen gehören alle Chemnitzer Juden der Israelitischen Religionsgemeinde an. Die Israelitische Religionsgemeinde erhebt auf Grund gesetzlicher Bestimmung 12 % Zuschlag zur Einkommensteuer für ihre Zwecke. Reiche Juden haben sich in einzelnen Fällen der Zahlungsverpflichtung durch Austritt aus der Israelitischen Religionsgemeinde entzogen.
Der jüdische Religionsunterricht wird durch Rabbiner und 4 jüdische Lehrer erteilt. Die Gehälter dieser Religionslehrer sind in dem Haushaltplan der Israelitischen Religionsgemeinde eingestellt.
Der jüdische Schulverein umschließt die orthodoxen Juden; er hat keine Mittel. Durch Erhebung eines Schulgeldes von den Eltern der Kinder, die die jüdische Schule besuchen würden, würden schwerlich die nötigen Mittel aufkommen, da die armen und gerade kinderreichen Juden in der Mehrheit sind. Es darf auch auf die Schwierigkeit aufmerksam gemacht werden, daß etwa 50 % der Chemnitzer Juden fremde Staatsangehörigkeit besitzen, polnische, litauische, oesterreichische usw.
So wie in Chemnitz die Dinge liegen, müßte die Israelitische Religionsgemeinde zur Aufbringung der Mittel für die Schule im Wege eines Zwangsgesetzes angehalten werden. Es darf von ihr erwartet werden, daß sie die gleichen persönlichen Ausgaben in ihrem Haushaltplan aufnimmt, wie bisher für ihre Religionslehrer, daß sie weitere Mittel aus anderen Haushaltplanposten für Schulzwecke einspart und daß sie gegebenenfalls die Religionssteuer von 12 % mäßig erhöht.
Die wenigen nicht der Israelitischen Religionsgemeinde angehörenden Chemnitzer Juden müßten besonders erfaßt und zu den Lasten herangezogen werden.
Der Schulbezirk glaubt, ein Entgegenkommen in der Richtung verantworten zu können, daß er geeignete Schulräume einschl. Hausmeister, Reinigung, Heizung, Beleuchtung und Instandsetzungen zur Verfügung stellt, um die Grundlage für eine Rassentrennung zu ermöglichen.
Wir bitten noch, ergebenst zu entschuldigen, daß der Bericht infolge eines bedauerlichen Versehens in der Kanzlei des Schulamtes, die durch die Krankheit zweier Beamter geschwächt war, nicht völlig fristgerecht erstattet worden ist.

Das Bezirksschulamt V Chemnitz I.

Stadtrat. Bezirksoberschulrat.

Bereits 1935 gab es erste Versuche, jüdische Kinder von ihren Mitschülern zu trennen und eine jüdische Schule einzurichten.
Quelle: StadtA, B III 3/2, Bl. 116a und b





Innenansicht der Chemnitzer Synagoge

◄

Die Synagoge wurde zwischen 1897 und 1899 nach den Plänen des Architekten Wenzl Bürger erbaut und am 7. März 1899 feierlich eingeweiht.
Quelle: Chemnitz in Wort und Bild. Festschrift zur Einweihung des Neuen Rathauses. Chemnitz o. J., S. 115

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 inszenierten die Faschisten den von ihnen als „Reichskristallnacht" bezeichneten, mit bestialischer Grausamkeit durchgeführten Pogrom, der den Höhepunkt der bisherigen Judenverfolgung seit 1933 darstellte. Willkommener Anlaß dafür war ihnen das Attentat auf den Legationsrat Ernst vom Rath in der deutschen Botschaft in Paris, das der 17jährige Jude Herschel Grynszpan am 7. November 1938 verübte. Grynszpan schoß auf den Nazidiplomaten, der seinen Verletzungen erlag, um auf die Lage der Juden im faschistischen Machtbereich aufmerksam zu machen. Die verzweifelte Tat eines Einzelgängers wurde von der nazistischen Propaganda sofort in ein gegen Deuschland gerichtetes Komplott des „internationalen Judentums" umgefälscht[83] und dazu benutzt, den seit langem vorbereiteten Pogrom als spontanen „Ausbruch des Volkszornes" gegen die Juden hinzustellen. Von einem solchen Volkszorn war aber in Wirklichkeit nichts zu spüren.

Am 9. November 1938 richtete die Geheime Staatspolizei an alle territorialen Gestapostellen ein Fernschreiben, in dem es u. a. hieß:

„1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören ... 3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20–30000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden ..."[84]

Hinsichtlich der Verhaftung von Juden erging mit Blitztelegramm noch folgende Weisung an die Organe der Gestapo: „Sobald der Ablauf der Ereignisse in dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zuläßt, sind in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere Wohlhabende – festzunehmen als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können ... Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen ...“[85]
Entsprechende Pogrombefehle ergingen auch von der Reichsleitung der NSDAP an die Parteiinstanzen, an SA und SS in den Gauen, Kreisen, Städten und Gemeinden.
In der Pogromnacht gingen in Deutschland 281 Synagogen in Flammen auf, über 7500 jüdische Geschäfte, Wohnhäuser und Schulen wurden verwüstet. Der angerichtete Sachschaden belief sich auf etwa 225 Millionen RM. Die jüdischen Bürger waren den furchtbarsten Demütigungen und Mißhandlungen ausgesetzt. Ungefähr 30000 Juden wurden verhaftet und davon über 26000 in Konzentrationslager verschleppt. Nach offiziellen Angaben ermordete der faschistische Mob während des Pogroms 91 jüdische Menschen. Aber zweifellos kamen mehr ums Leben. Sie wählten den Freitod oder starben in den folgenden Tagen in den Konzentrationslagern Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen.[86]
In Chemnitz wurden schon in den Abendstunden des 9. November Juden in „Schutzhaft“ genommen und in das Polizeipräsidium gebracht. Dann drangen Gestapo, SA und SS in die Wohnungen und Geschäfte jüdischer Bürger ein, zerschlugen Fensterscheiben und Einrichtungen, verwüsteten und plünderten. Die Juden wurden geschlagen, beschimpft und in der schlimmsten Art und Weise erniedrigt. Auch hier schreckten die Nazis vor Mord nicht zurück. Kaltblütig erschossen sie den Direktor des Warenhauses Tietz, Hermann Fürstenheim, im Keller seines Hauses Weststraße 13. Der faschistische Mob setzte die Synagoge am Stephansplatz auf dem Kaßberg in Brand und verhaftete Juden – nach vorliegenden Angaben wurden unmittelbar nach der Pogromnacht 171 Chemnitzer Juden in das KZ Buchenwald verschleppt[87] – mußten bei der Vernichtung ihres Gotteshauses zusehen. Noch am Morgen des 10. November stiegen dunkle Rauchwolken zum Himmel. Am Nachmittag vollendete man mit Sprengungen das Zerstörungswerk des Feuers.[88]
Die Synagoge war in den Jahren 1897 bis 1899 nach dem Entwurf und unter Leitung des Chemnitzer Architekten Wenzl Bürger mit einem Kostenaufwand von etwa 300000 Mark erbaut worden. Sie bestand aus Lang- und Querschiff, hatte drei Emporen und verfügte über 403 Männer- und 282 Frauensitze. In einer Beschreibung heißt es:
„Das Äußere sowie das Innere der Kirche macht einen gediegenen Eindruck, die kräftigen roten Mauermassen und die grünen Dächer, die Säulen des Innenraums aus poliertem Labrador, die Fenster mit bunter Bleiverglasung. Reiche Malerei schmückt die Wandflächen und die Kuppel ... Die israelitische Gemeinde hat sich ein würdiges Gotteshaus errichtet, das auch zur Zierde des Kaßberges dient.“[89]
Über die Pogromnacht in Chemnitz war am 10. November 1938 in der „Chemnitzer Tageszeitung“ der folgende erlogene Bericht zu lesen:
„Auch in Chemnitz machte sich die bis zur Siedehitze gestiegene Empörung der Bevölkerung gegen die Juden in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag in spontanen Kundgebungen und Aktionen Luft. Dabei wurden neben einem Brand in der Synagoge von den mit Recht erregten Volksgenossen die Schaufenster der jüdischen Geschäfte zertrümmert...
Diese Aktionen sind ... eine eindeutige unmißverständliche Willenskundgebung der Bevölkerung unserer Stadt, daß sie die jüdischen Schmarotzer in Chemnitz nicht mehr zu sehen wünscht. Sie hofft, daß die jüdischen Geschäfte, deren Vorhandensein jedem deutschbewußten Menschen ein Ärgernis sein muß, nun für immer ihre Türen geschlossen halten.“[90]
Von einer spontanen Aktion konnte jedoch keine Rede sein. Der Pogrom war – wie schon erwähnt – systematisch vorbereitet und wurde vor allem von Gestapo, SA und SS durchgeführt. Sicherlich haben sich auch andere faschistische Elemente an den Ausschreitungen beteiligt. Die überwiegende Mehrheit der Chemnitzer Einwohner hat daran nicht aktiv mitgewirkt.
Die Vernichtung der Synagoge war am 10. November 1938 noch nicht vollendet. Am 11. November richtete der sächsische Innenminister folgendes



Die Synagoge nach der Zerstörung durch die Nazis.
Quelle: Foto-Fuchs, Karl-Marx-Stadt

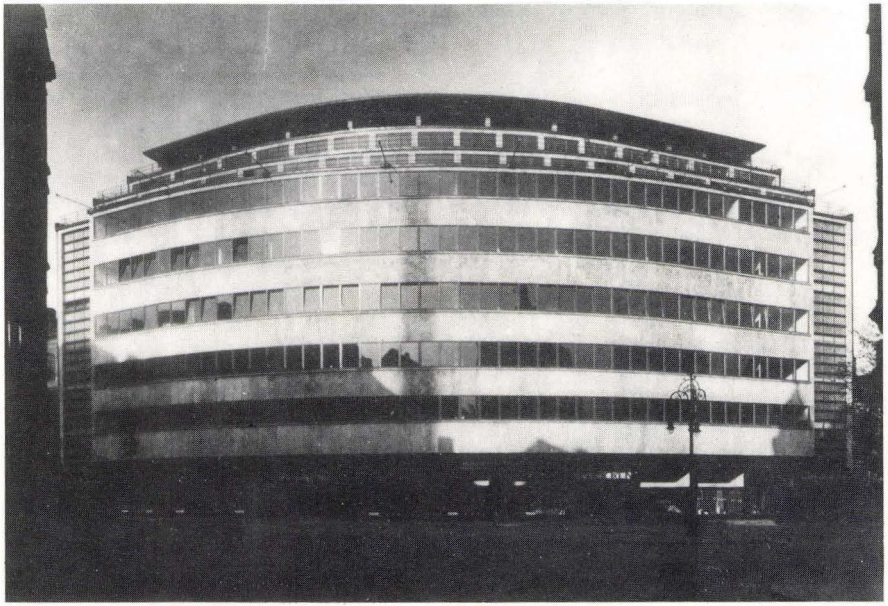
Schreiben an den Oberbürgermeister von Chemnitz:
„Die in der Nacht vom 9./10. 11. 1938 in Brand geratenen Synagogen gefährden die öffentliche Sicherheit, verschandeln die unmittelbare Umgebung und das weitere Ortsbild und erregen öffentliches Ärgernis. Diese Brandruinen, die evtl. noch bestehenden restlichen Bauteile sind – auch wegen der beginnenden Verwahrlosung – sofort zu beseitigen ... Sie werden deshalb angewiesen, den Eigentümer zu veranlassen, mit dem Abbruch und der Niederlegung aller Bauteile am 12. 11. 1938 früh 8 Uhr zu beginnen und die Arbeiten spätestens bis 15. November 1938 zu beenden. Für den Fall, daß der Eigentümer mit diesen Arbeiten nicht fristgemäß beginnt, ist das Erforderliche durch die Baupolizeibehörde auf Kosten des Grundstückseigentümers ungesäumt durchzuführen ... Erfolgsanzeige bis 17. November 1938 hierher."[91]
Da die jüdischen Bürger den Abbruch der Ruine nicht selbst vornehmen konnten, wurden von der Stadt 10 dienstfreie Feuerwehrleute und weitere 45 „Freiwillige" eingesetzt, die eine Woche lang in fünf Schichten arbeiten mußten.[92] Dann waren die letzten Trümmer beseitigt. Oberbürgermeister Schmidt, der schon vor Beendigung der Arbeiten dem Innenministerium meldete, daß der „Abbruch der Brandruinen der Synagoge fristgemäß durchgeführt" sei, dankte den Beteiligten, die „mitgeholfen" hatten, „...das Symbol des rassischen Erbfeindes unseres Volkes endgültig auszulöschen".[93] Am 19. November 1938 schrieb Schmidt an die Gestapoleitstelle Chemnitz und



Nach altem jüdischem Brauch wurden die Reste einer durch den Synagogenbrand geschändeten Thorarolle auf dem Jüdischen Friedhof beigesetzt.
Aufn.: May Voigt. 1988

verlangte, „von dem beschlagnahmten Vermögen der Israelitischen Religionsgemeinde in Chemnitz, das sich auf mehrere hunderttausend RM beläuft, einen Betrag von mindestens 40000 RM abzuzweigen und ihn sofort der Stadt Chemnitz für die Erledigung der Kosten des Abbruchs ... zu überweisen".[94] Übrigens war auch in seinem Schreiben demagogisch von der in Brand „geratenen" Synagoge die Rede. Schließlich wurden die Chemnitzer Juden beauflagt, für die Vernichtung ihrer Synagoge 35905,– RM zu zahlen.[95] Im April 1939 versuchte der Rat der Stadt, das Grundstück Stephanplatz 3, auf dem die Synagoge gestanden hatte, kostenlos zu erwerben.[96] Nach längeren Verhandlungen kaufte es dann die Stadt Chemnitz zum Schleuderpreis von 500,– RM.[97]
Der „Kristallnacht", die nicht zuletzt eine besonders brutale Aktion zur Verstärkung der psychologischen Kriegsvorbereitung war, folgte eine Fülle von Gesetzen und Verordnungen, die die Verbrechen des Pogroms legalisieren sollten, das Los der jüdischen Menschen noch mehr verschlimmerten und dem weiteren Raub ihres Eigentums dienten. Von allen damit verbundenen Auswirkungen waren auch die Chemnitzer Juden betroffen.
In einer von Göring geleiteten Sitzung wurde am 12. November 1938 beschlossen, den „Juden deutscher Staatsangehörigkeit in ihrer Gesamtheit ... die Zahlung einer Kontribution von 1000000000 RM an das Deutsche Reich" als kollektive Sühneleistung für die „feindliche Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk und Reich" aufzuerlegen.[98] Gleichzeitig wurden die jüdischen Bürger dazu verurteilt, alle in der Pogromnacht an ihren Geschäften und Wohnungen entstandenen Schäden sofort und auf eigene Kosten zu beseitigen.[99] Ebenfalls am 12. November erging die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben"[100], die Juden mit Wirkung vom 1. Januar 1939 den Betrieb von Einzelhandelsgeschäften, die selbständige Tätigkeit im Handwerk, den Verkauf von Waren auf Märkten usw. verbot. Kein Jude durfte mehr „Betriebsführer" oder leitender Angestellter sein. Zynisch erklärte Göring gegen Ende der Sitzung, auf der alle diese verbrecherischen Maßnahmen beschlossen wurden: „Ich möchte kein Jude in Deutschland sein!"[101]
Gleichfalls am 12. November 1938 erließ Goebbels in seiner Eigenschaft als Präsident der Reichskulturkammer eine Anordnung, die den jüdischen Bürgern den Zutritt zu „Darbietungen der deutschen Kultur" untersagte. Sie durften keine Theater und Kinos, keine Vorträge, Konzerte, Tanzvorführungen und Ausstellungen kultureller Art besuchen.[102] Am 15. November wurden alle jüdischen Schüler endgültig vom Besuch „deutscher Schulen" ausgeschlossen. Das betraf Chemnitz jedoch nicht mehr, denn hier war die „Rassentrennung" im Schulwesen bereits durchgeführt worden. Weitere einschneidende Maßnahmen ergaben sich aus der „Reichspolizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit" vom 28. November 1938.[103] Danach konnten die Behörden „Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden ... räumliche und zeitliche Beschränkungen des Inhalts auferlegen, daß sie bestimmte Bezirke nicht betreten oder sich zu bestimmten Zeiten in der Öffentlichkeit nicht zeigen dürfen". Durch diesen „Judenbann" wurde den jüdischen Bürgern u.a. auch der Besuch von Parks, Bädern, Sportanlagen und Bibliotheken untersagt. In der Folgezeit kam schließlich noch die Vertreibung aus den Wohnungen hinzu. Viele Juden wurden ab 1939 in sogenannten „Judenhäusern" konzentriert. Dazu gehörten u.a. die Gebäude Antonplatz 15, Apollostraße 18, Äußere Klosterstraße 2, Germaniastraße 12 (heute Rudolf-Breitscheid-Straße), Hermann-Fischer-Straße 5 (vor 1938 und nach 1945 Zimmerstraße), Zöllnerstraße 6, Zschopauer Straße 74 (heute Juri-Gagarin-Straße).
Den restlosen Ausschluß aller Juden aus der deutschen Wirtschaft bewirkte die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens" vom 3. Dezember 1938.[104] Den jüdischen Inhabern von Einzelhandelsgeschäften, Handwerks- und Gewerbebetrieben, Fabriken, land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wurde aufgegeben, ihre Firmen binnen einer bestimmten Frist zu veräußern. Das galt ebenso für Grundeigentum und andere Vermögensteile. Wertpapiere mußten bei einer Devisenbank deponiert werden. Auch wurde den Juden verboten, Kunstgegenstände, Juwelen und Schmuck zu erwerben, zu verpfänden oder zu verkaufen. Durch diese Verordnung sicherte sich der faschistische Staat endgültig die Verfügung über das jüdische Vermögen, um es für die Verbesserung der

kritischen Finanzlage und für die weitere Aufrüstung verwenden zu können. Zu Spottpreisen wurden die jüdischen Unternehmen „arisiert". Das Reich, die Monopole und die Naziführer waren die Hauptnutznießer. Mit dieser skrupellosen Enteignung gelang es, große Teile des Kleinbürgertums zu korrumpieren. Sie übernahmen die jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe oder vergrößerten ihre Firmen.
Die früheren jüdischen Konkurrenten waren beseitigt. Somit zogen sie ihren Vorteil aus den faschistischen Gewaltmaßnahmen. Breite Schichten der Nazis bereicherten sich persönlich durch die Ausplünderung der Juden.
Nach faschistischen Angaben existierten im November 1938 im „Gau" Sachsen noch über 2000 jüdische Gewerbebetriebe, darunter 797 in Leipzig, 161 in Dresden und lediglich noch 40 in Chemnitz. Allerdings geht aus diesen Zahlenangaben nicht hervor, welche Arten von Firmen – Geschäfte, Handwerksbetriebe oder Fabriken – in ihnen enthalten sind. Das jüdische Vermögen – erfaßt waren nur Vermögen über 5000 RM – wurde für Sachsen auf 227,3 Millionen RM und für Chemnitz auf 25,9 Millionen RM beziffert.[105]
Der „Arisierung" fielen alle jüdischen Firmen in Chemnitz zum Opfer. Die Schocken AG wurde im Dezember 1938 „arisiert" und in Merkur-Aktiengesellschaft umbenannt. Das Chemnitzer Kaufhaus Schocken firmierte ab 16. Januar 1939 als „Kaufstätte Merkur Chemnitz".[106] Das Kaufhaus Tietz übernahm ein „arischer" Konzern.[107] Enteignet wurden auch, um nur einige



Kaufhaus Schocken Chemnitz, Zweigniederlassung der Schocken Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, Brückenstr. 9, T S.-Nr. 22391

Kaufhaus Schocken, Brückenstraße (heute: Centrum Warenhaus, Karl-Marx-Allee).
Erbaut 1929/30 nach Entwürfen des Architekten
Erich Mendelssohn.
Quelle: StadtA, Bildarchiv
Eintrag der Firma in das Adreßbuch der Stadt Chemnitz 1938

Kaufhaus Tietz, Poststraße (heute: Centrum Warenhaus, Otto-Grotewohl-Straße).
Erbaut 1912/13 nach Entwürfen des Architekten Wilhelm Kreis. ▶
Bei Bombenangriffen 1945 zerstört.
Nach dem Wiederaufbau 1963 neu eröffnet.
Quelle: StadtA, Bildarchiv
Eintrag der Firma im Adreßbuch der Stadt Chemnitz 1938.



H. & C. Tietz, Warenhaus, Poſtſtr. 25, T S.=Nr. 22241, P.=S.=A. Lzg 38225; Inh.: Kommerzienrat Guſtav Gerſt, Frankfurt a. M.,

Warenhaus H. & C. Tietz

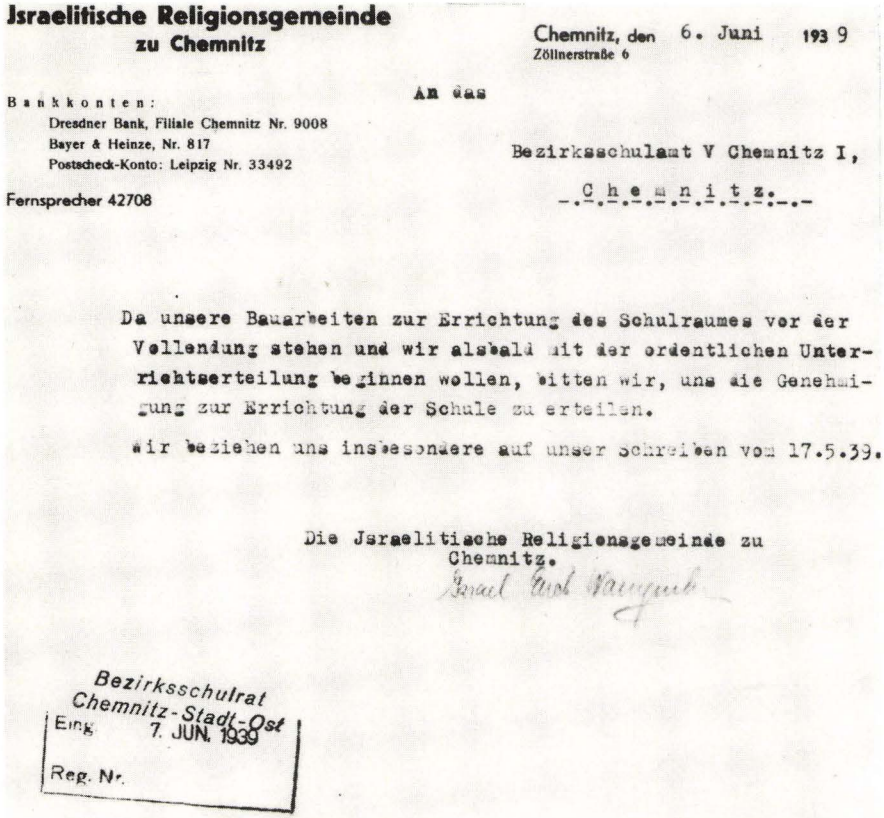
Tel. S.-Nr. 22241

Kettenhofweg 11, Geſchäftsführer: Herm. Fürſtenheim, Weſtſtr. 13

zu nennen, die Handschuh- und Strumpffabrik Heidenheim, Oppenheim u. Co, die Strumpffabriken Otto Stern und Schwadron, die Kattundruckerei und Teppichfabrik Bachmann und Ladewig AG, die Trikotagenfabriken Marschel-Frank-Sachs AG und Karl Goeritz, die Maschinenfabrik Sander und Graff sowie das Modehaus der Gebrüder Wertheimer.[108] Hinzu kamen weitere Fabriken, Groß- und Einzelhandelsgeschäfte, Handwerks- und Gewerbebetriebe. Diese Maßnahmen bedeuteten für alle, denen so die wirtschaftliche Existenz und das Vermögen geraubt wurde, den völligen Ruin.

Die Schikanen gingen weiter. Ein Erlaß des Reichsführers SS Himmler vom 4. Dezember 1938 untersagte den Juden, Kraftfahrzeuge zu halten und zu fahren. Führerscheine und Zulassungspapiere mußten abgegeben werden. Am 8. Dezember wurden alle noch verbliebenen jüdischen Studenten von den Universitäten und Hochschulen verwiesen. Am 17. Januar 1939 erhielten die jüdischen Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker Berufsverbot. Im Februar 1939 wurde die Ablieferungspflicht für Edelmetalle, Edelsteine und Perlen verfügt.[109]

Auf Anordnung des sächsischen Volksbildungsministeriums wurden nach der „Kristallnacht" den jüdischen Sonderklassen in Chemnitz die Räume und Mittel entzogen und die Lehrer entlassen. Der Schulbetrieb endete am 10. Dezember 1938.[110] Sieben Monate blieben die jüdischen Schüler ohne regulären Unterricht. Notdürftig wurden ab Frühsommer die Kinder in einem schnell errichteten Holzverschlag auf dem Gelände des



Israelitische Religionsgemeinde
zu Chemnitz

Chemnitz, den 6. Juni 1939
Zöllnerstraße 6

An das

Bankkonten:
Dresdner Bank, Filiale Chemnitz Nr. 9008
Bayer & Heinze, Nr. 817
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 33492

Fernsprecher 42708

Bezirksschulamt V Chemnitz I,

C h e m n i t z.

Da unsere Bauarbeiten zur Errichtung des Schulraumes vor der Vollendung stehen und wir alsbald mit der ordentlichen Unterrichtserteilung beginnen wollen, bitten wir, uns die Genehmigung zur Errichtung der Schule zu erteilen.

Wir beziehen uns insbesondere auf unser Schreiben vom 17.5.39.

Die Israelitische Religionsgemeinde zu Chemnitz.

Bezirksschulrat Chemnitz-Stadt-Ost
Eing. 7. JUN. 1939
Reg. Nr.

Antrag auf Einrichtung der „Privaten jüdischen Schule".
Quelle: StadtA, B III 3/10, Bl. 17

Jüdischen Friedhofs von Angehörigen ihrer Gemeinde unterrichtet.
Mitte Juli 1939 durfte dann die Israelitische Religionsgemeinschaft mit Genehmigung des Volksbildungsministeriums und der Gestapo in der Zöllnerstraße 6 eine „Private jüdische Volksschule" eröffnen. Die Schule war einklassig und hatte im August 1939 noch 41 Schüler. Bis Oktober 1939 ging die Schülerzahl auf 34 zurück.[111] Am 1. Oktober 1939 wurde die Schule von der Schulabteilung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" übernommen.[112]
Diese Reichsvereinigung war entsprechend einer im Juli 1939 ergangenen Weisung gebildet worden. Sie diente der zentalen Erfassung der Juden und war für das Auswanderungswesen, das jüdische Fürsorge- und Schulwesen sowie für andere allgemeine jüdische Angelegenheiten zuständig. Ihr unterstanden Bezirksstellen und die örtlichen Kultusvereinigungen. Mit der Bildung der Reichsvereinigung wurde die Verantwortung für die Lebensgrundlagen der jüdischen Menschen auf die Juden selbst abgewälzt.[113] Gleichzeitig waren die Faschisten bestrebt, die Auswanderung von Juden zu verstärken und zu beschleunigen, wobei es ihnen natürlich auch darum ging, die schon erwähnte „Reichsfluchtsteuer" zu kassieren. Deshalb wurde eine „Reichszentrale für jüdische Auswanderung" geschaffen, die der berüchtigte Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich leitete. Auswanderungszentralen bestanden auch in Wien und Prag.
Einen Eindruck davon, wie sehr die jüdischen Menschen litten, vermitteln die folgenden zynischen Aussagen eines Lageberichtes des Sicherheitsdienstes aus dem Jahr 1939: „Die Abwehrmaßnahmen von Partei und Staat, welche rasch hintereinander folgen, lassen die Juden nicht mehr zu sich kommen; es ist zu beobachten, daß eine ausgesprochene Hysterie bei jüdischen Frauen und Männern einsetzt. Die hoffnungslose Stimmung ist am besten vielleicht durch den Satz einer ... Jüdin gekennzeichnet, die zu erkennen gab, ‚daß sie sich längst das Leben genommen hätte, wenn sie keine Kinder hätte'."[114]
Die immer barbarischer werdende Verfolgung der Juden geschah vor aller Augen. Beträchtliche Teile des

deutschen Volkes standen dem antisemitischen Wüten der Nazis passiv gegenüber. Die faschistische Ideologie hatte zunehmend an Einfluß gewonnen, und der als Staatsdoktrin sanktionierte Antisemitismus wirkte im Denken von Millionen Deutschen. Viele waren durch den hemmungslosen Terrorismus eingeschüchtert, denn jedes Aufbegehren erwies sich als lebensgefährlich. Aber die Behauptung der Nazis, es sei der „Volkszorn" der Massen gewesen, der zu den Pogromen der „Kristallnacht" und den drakonischen Folgemaßnahmen geführt habe, war eine gemeine Verleumdung. Bei einem großen Teil der Bevölkerung stieß das organisierte Kesseltreiben gegen die Juden auf Ablehnung, und es fanden sich Menschen, die ihren jüdischen Mitbürgern heimlich halfen. Es waren vor allem die Kommunisten, die Rassenhetze, Rassenverfolgung und den antijüdischen Terror der Nazis konsequent bekämpften.[115] In einer Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands „Gegen die Schmach der Judenpogrome" von Mitte November 1938 heißt es u. a.:

„Getreu den stolzen Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, im wahren Geiste der größten deutschen Dichter und Denker, erhebt die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Stimme gegen die Judenpogrome Hitlers, die vor der gesamten Menschheit die Ehre Deutschlands mit tiefster Schmach bedeckt haben ...

Immer in der Vergangenheit hat die Reaktion, wenn sie ein Volk aufs Schlimmste ausplünderte und die Erbitterung des Volkes fürchtete, sich der schmutzigen Mittel der Judenhetze und der Pogrome zum Zwecke der Ablenkung von den wahren Schuldigen am Volkselend bedient ...

Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewußten Deutschen mit dem Appell: Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromistengesindel von unserem Volke! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders die mißbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf! ...

Die Befreiung Deutschlands von der Schande der Judenpogrome wird zusammenfallen mit der Befreiung des deutschen Volkes von der braunen Tyrannei."[116]

Damit erwies sich die KPD als die Kraft, die den Kampf gegen die Judenpogrome als untrennbaren Bestandteil des Friedens- und Freiheitskampfes gegen die Nazibarbarei führte.

Wie in anderen deutschen Städten und Gemeinden leisteten auch in Chemnitz Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose, Angehörige bürgerlicher und christlicher Kreise während der Jahre der Nazidiktatur aktiven Widerstand. Aus vorhandenen Unterlagen geht hervor, daß auch 66 jüdische Bürger – darunter acht Frauen – wegen ihrer Teilnahme am antifaschistischen Widerstandskampf in Chemnitz inhaftiert waren. Insgesamt mußten 154 Chemnitzer Antifaschisten, darunter 61 Kommunisten, ihren selbstlosen Kampf gegen die Nazibarbarei mit dem Leben bezahlen. 12 dieser Todesopfer waren Juden, die in Konzentrationslagern oder Ghettos ermordet wurden bzw. dort an den Haftfolgen verstarben. Ihre Namen sind:

Dadaschwili, Chaim	1942 verstorben
Elstein, Leo	1942 ermordet
Fingerguth, Moisey	1943 verstorben
Friedländer, Karl	1944 verstorben
Gleicher, Hermann	1940 verstorben
Glinoer, Leo	1942 ermordet
Goldschmidt, Hermann	1939 verstorben
Imgrund, Ida	1942 verstorben
Kleinberg, Hermann	1940 ermordet
Kleinberg, Joseph	1941 ermordet
Rotstein, Jankel	1943 verstorben
Stadthagen, Norbert	1945 verstorben[117]

Die Teilnahme jüdischer Bürger am antifaschistischen Widerstandskampf in Chemnitz bedarf jedoch noch eingehender Untersuchungen.

Wegen der sich immer mehr ausweitenden Verfolgung der Juden kam es auch im Ausland zu zahlreichen Protestkundgebungen. Arbeiter, Angehörige des fortschrittlichen Bürgertums und emigrierte Deutsche forderten Maßnahmen gegen die deutschen Faschisten und ihre antijüdischen Verbrechen. Die meisten kapitalistischen Regierungen sahen sich zum Protest gezwungen, aber unternahmen keine weiteren Schritte. Zum Sprecher aller fortschrittlichen Kräfte machte sich die Regierung der Sowjetunion. Sie forderte Taten und erklärte, daß eine Wiederholung der faschistischen Judenpogrome nur durch die Schaffung der Einheitsfront der Völker gegen den Faschismus zu verhindern sei.[118]

Chemnitz, den 13. Mai 1942

Besuch der privaten jüdischen Volksschule in Chemnitz

Von den 24 Kindern sind Ostern 1942 nach erfüllter Volksschulpflicht 3 Kinder abgegangen.

Von den 21 Kindern sind 7 durch Abtransport der Familien (in der Nacht vom 9. zum 10. Mai) ausgeschieden. Von den verbleibenden 14 sind 9 Mischlinge, die z.Tl. vorläufig den Judenstern nicht zu tragen brauchen.

Von den 5 Volljuden haben 2 deutsche, 2 iranische Staatsangehörigkeit, 1 ist staatenlos.

Von den 9 Mischlingen werden 5 als staatenlos, 3 als deutsch, 1 als polnisch bezeichnet.

Der Unterrichts- und B tsaal ist geschlossen; der Unterricht findet in einem Bürozimmer statt.

In der ersten Stunde hielt der Lehrer mit den 5 Volljuden (4 Jungen, 1 Mädchen) Unterricht in Hebräischer Sprache. Die Jungen lesen fließend, das Mädchen stockend in der hebräischen Bibel, übersetzen, heben einige Vokabeln und ihren Stamm heraus, wodurch sie die Bedeutung klären. Besonders besprochen wurde an Beispielen die Dual-Form und ihre Endung.

Es liegt als neu eine Anordnung der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Schulabteilung. gez. Paula Sara Fürst, vor, nach der in entsprechender Anwendung der der Reichsvereinigung aufsichtsbehördlich erteilten Dienstanweisung mit sofortiger Wirkung in den Schulen der Reichsvereinigung der Sonnabend als Unterrichtstag anzusetzen ist. Auf dem Stundenplan sollen die jüdischen Fächer, insbes. Religionsunterricht stehen. Schreiben durch Lehrer und Schüler ist zu vermeiden. Im Rahmen des Unterrichts sind die Schüler zu einer Feier zusammenzufassen, bei der die Kinder zu aktiver Mitarbeit heranzuziehen sind. Wenn im Schulgebäude ein allgemeiner Gottesdienst stattfindet, ist den Schülern Gelegenheit zur Teilnahme zu geben. Fahrschüler gesetzestreuer Familien sind vom Sonnabendunterricht zu befreien; sie haben aber die Unterrichtsversäumnis nachzuholen.

Die Listenführung ist in Ordnung. Die Kinder sind sehr artig und höflich. Sie führen ihre Hefte sauber.

Prof. Dr. Böhm.

Juli 1942: Die Schule ist geschlossen worden

Schließung der „jüdischen Privatschule". Quelle: StadtA, B IV 10/49, Bl. 5

4. Zur Verfolgung der jüdischen Bürger während des zweiten Weltkrieges – Die „Endlösung der Judenfrage"

Am 1. September 1939 entfesselte der faschistische deutsche Imperialismus den zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, Europa zu beherrschen, die Welt zu seinen Gunsten neu aufzuteilen und seine größenwahnsinnigen Weltherrschaftspläne zu verwirklichen. Er strebte danach, die revolutionäre Arbeiterbewegung und alle demokratischen Bewegungen in den okkupierten Ländern zu zerschlagen und vor allem den ersten sozialistischen Staat der Erde, die Sowjetunion, zu vernichten. Der Krieg, der gesetzmäßig mit der Niederlage der faschistischen Aggressoren endete, forderte von den betroffenen Völkern ungeheure Opfer an Menschenleben und materiellen Werten, brachte Not und Elend über Millionen Menschen.

Für die Juden begann eine Zeit noch schlimmerer Drangsalierungen und unvorstellbarer Leiden. Die verbrecherischen Verfolgungsmaßnahmen richteten sich nun auch gegen die jüdischen Bürger in den von den Faschisten während des Krieges okkupierten Ländern. Zu Kriegsbeginn wurde das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) gebildet, in das die Gestapo und der Sicherheitsdienst der SS eingegliedert wurden. Es war für alle antijüdischen Maßnahmen im sich ständig erweiternden faschistischen Machtbereich zuständig.

Mörderischen Verfolgungen waren die Juden im okkupierten Polen ausgesetzt. Hier kam es zu den ersten Zwangsdeportationen. Die Naziführung plante, im Osten des „Generalgouvernements" die Juden aus ihrem gesamten Machtbereich in „Judenreservaten" zu konzentrieren. Bereits im September 1939 waren Richtlinien zur Zusammenfassung jüdischer Menschen in Ghettos erlassen worden. Im Februar 1940 wurden die ersten Juden aus Deutschland nach Lublin und in andere Ghettos verschleppt. Auch der irrsinnige Plan, nach einer von den Faschisten schon einkalkulierten Kapitulation Großbritanniens eine riesige „Judenkolonie" auf Madagaskar einzurichten, wurde erwogen.[119]

Am 30. Januar 1939 – zu dieser Zeit beteuerten die Nazis vor der Weltöffentlichkeit noch verlogen ihre friedlichen Absichten – hatte Hitler vor dem Reichstag eine Rede gehalten, in der er u. a. äußerte:

„Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa ..."[120]

Diese Drohung setzten die Faschisten nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 in barbarischer Weise durch organisierten Massenmord in die Tat um. Die Liquidierung der jüdischen Menschen Europas begann. Im Juli 1941 wurde der Chef des RSHA, Reinhard Heydrich, von Göring mit allen auf eine „Endlösung der Judenfrage" gerichteten Maßnahmen beauftragt. Am 23. August ordnete das Reichssicherheitshauptamt an, die Auswanderung von Juden zu verhindern. Jetzt ging es nicht mehr um die Vertreibung der jüdischen Menschen, sondern um ihre systematische Vernichtung. Sie sollten zur Ermordung deportiert werden, denn „Deportation bedeutete jetzt Tod durch Erschießung oder Tod durch Vergasung, Tod auch durch Hunger und Seuchen; Vernichtung menschlichen Lebens in jeglicher, bis dahin nicht vorstellbarer Form".[121]

Während die Faschisten zynisch und verlogen behaupteten, die deportierten Juden würden in neue Wohngebiete im Osten umgesiedelt, trieben sie sie zu Tausenden in die Gaskammern der Vernichtungslager Auschwitz, Majdanek, Chelmno, Belzec, Sobibor und Treblinka, die 1941 und 1942 entstanden. Im Oktober 1941 begann in größerem Umfang und planmäßig die Deportation deutscher Juden in Ghettos und Vernichtungslager.[122]

Am 20. Januar 1942 fand in Berlin die sogenannte „Wannseekonferenz" statt. 15 hohe Beamte des faschistischen Staatsapparates und Führer der SS berieten hier unter Vorsitz von Heydrich über die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung Europas im Rahmen der weiteren „Endlösung der Judenfrage". Auf der Konferenz wurde festgestellt, daß vom 30. Januar 1933 bis zum 31. Oktober 1941 rund 360000 jüdische Menschen aus dem „Altreich" (Deutschland in den Gren-

zen von 1937) „zur Auswanderung gebracht" worden waren. Für die „Endlösung" kamen nun etwa 11 Millionen europäische Juden „in Betracht", darunter 131 800 aus dem „Altreich".[123] Im Protokoll der Wannseekonferenz wurde u. a. vermerkt: „Inzwischen hat der Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Hinblick auf die Gefahren einer Auswanderung im Kriege und im Hinblick auf die Möglichkeiten des Ostens die Auswanderung von Juden verboten ... An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten. Diese Aktionen sind jedoch lediglich als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen, doch werden hier bereits jene praktischen Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind."[124]
Die erwähnten „praktischen Erfahrungen" bedeuteten nichts anderes als den bereits eingeleiteten Massenmord an Juden in Vernichtungslagern. Auch waren schon vor dem Januar 1942 viele Tausende Sowjetbürger der „Endlösung" zum Opfer gefallen. Der Entschluß, „von den Massakern von Fall zu Fall, vom Mord an Dutzenden und Hunderten zur Vernichtung von Hunderttausenden und Millionen von Menschen überzugehen",[125] war bereits vor der Wannseekonferenz gefaßt worden. Auf der Konferenz selbst ging es um die weitere Durchführung der Massenvernichtung und um die Aufgaben, die die einzelnen Reichsbehörden dafür zu übernehmen hatten.

Diese Entwicklung, die für alle jüdischen Bürger ständig die Gefahr der Deportation und der physischen Vernichtung in sich barg, wurde seit Kriegsbeginn von immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Juden in Deutschland und damit auch in Chemnitz begleitet. Im vorliegenden Beitrag kann nur auf einige Beispiele dafür eingegangen werden. Im September 1939 wurden die Juden vom Rundfunkempfang ausgeschlossen, die Radioapparate mußten abgegeben werden. Man erlegte ihnen auch zeitliche Ausgangsbeschränkungen auf. So erließ der Leiter der Gestapostelle Chemnitz am 22. September 1939 eine Anordnung, in der es u. a. hieß:
„Ich habe sämtlichen im Bezirk der Stapostelle Chemnitz wohnhaften Juden folgende Auflagen erteilt:
1) sich eigene Luftschutzräume zu bauen,
2) sich ab 20 Uhr bis 6 Uhr früh in ihren Wohungen aufzuhalten,
3) sich jeder Ansammlung, auch vor und in den Geschäften, fernzuhalten.

Ich bitte, die im dortigen Bereich wohnenden Juden insoweit zu überwachen und mir Verstöße umgehend mitzuteilen."[126]
Das nächtliche Ausgehverbot ermöglichte es, gegen die Juden Nacht- und Nebelaktionen durchzuführen.
Wegen Verstößen gegen diese und andere Weisungen wurden jüdische Bürger zur Geheimen Staatspolizei in das Gartenhaus der Kaßbergstraße 22a (das Gebäude wurde durch Kriegseinwirkung zerstört) bestellt, dort vernommen, geschlagen und auch inhaftiert.

Benachteiligt wurden die Juden auch bei der Versorgung mit Lebensmitteln. Am 1. Dezember 1939 ordnete der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft den „Ausschluß der Juden von Lebensmittelsonderzuteilungen" an. Vor Ausgabe der Lebensmittelkarten wurden die Einzelabschnitte entwertet oder abgetrennt, die zum Bezug von Sonderzuteilungen berechtigten. Das betraf z. B. zusätzliche Rationen an Butter, Fleisch, Reis und Kakaopulver. Ebenfalls im Dezember wurde der Verkauf von Schokoladenerzeugnissen und Lebkuchen an Juden verboten. Im Jahr 1940 schloß man die jüdischen Bürger grundsätzlich und auf Dauer von allen Sonderzuteilungen aus. Wurden für den Verkauf von Geflügel, Fisch oder Magermilch, die noch nicht streng rationiert waren, Kundenlisten geführt, so erhielten die Juden auch diese Waren nicht. Generell wurden die Lebensmittelkarten der jüdischen Bürger mit der Kennzeichnung „J" oder „Jude" versehen.[127] Die „Reichskleiderkarte" bekamen sie überhaupt nicht.
Angesichts der zunehmend schärfer werdenden Verfolgungsmaßnahmen mutet es zunächst merkwürdig an, daß die Chemnitzer Gestapo 1940 die Ausnahmegenehmigung erteilte, eine „jüdische Speise- und Schankwirtschaft" weiterhin zu betreiben. Im Jahr 1938 gab es in Chemnitz zwei „jüdische Mittagstische", und zwar in der Langestraße 46 und am Roßmarkt 2, die „im weitesten Sinne als Gaststätten angesehen" wurden.[128] 1939 stellte die Inhaberin der Wirtschaft in der Langestraße an die Gestapo den Antrag, ihre Gaststätte

nach der Zöllnerstraße 6 verlegen zu dürfen. Dort befanden sich die „Private jüdische Volksschule" und auch der Betsaal der „Jüdischen Kultusvereinigung – Israelische Religionsgemeinde zu Chemnitz e.V." Die Gestapo entsprach dem Antrag.
Der ebenfalls beantragte Ausschank von Flaschenbier konnte jedoch, wie die Stapostelle Chemnitz mitteilte, „vom staatspolizeilichen Standpunkt aus keinesfalls befürwortet werden". Es durften neben Speisen nur alkoholfreie Getränke verabreicht werden. Die Gaststätte bestand aus einem einzigen Raum, dessen „polizeiliche Überwachung" nicht „durch Nischen, Vorhänge oder sonstige Einrichtungen unmöglich gemacht oder erschwert werden" durfte.[129] Zunächst war nur die Bewirtung von Juden gestattet. Auf Anfrage der Inhaberin wurde dann durch die Gestapo entschieden, daß bei Mischehen auch der „arische Teil" die Gaststätte besuchen durfte, aber nur in Begleitung des jüdischen Ehepartners.[130] Es wäre nun aber grundfalsch, in der Genehmigung der jüdischen Gaststätte in der Zöllnerstraße 6 irgendein Entgegenkommen der Nazibehörden gegenüber den Chemnitzer Juden sehen zu wollen. Ihnen ging es eindeutig darum, die jüdischen Bürger noch umfassender überwachen zu können. Und hierfür bot gerade auch die Gaststätte eine entsprechende Möglichkeit.
Am 1. September 1941 wurde durch Polizeiverordnung die Kennzeichnung der jüdischen Bürger verfügt. Danach war es Juden ab dem vollendeten sechsten Lebensjahr verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen „Judenstern" zu zeigen. Der § 2 der Verordnung besagte: „Der Judenstern besteht aus einem handtellergroßen, schwarz ausgezogenen Sechsstern mit der schwarzen Aufschrift ‚JUDE'. Er ist sichtbar auf der linken Brustseite des Kleidungsstückes fest angenäht zu tragen."[131] Das Kennzeichen durfte nicht verdeckt werden. Gleichzeitig wurde den Juden untersagt, den Bereich ihrer Wohngemeinde ohne schriftliche Erlaubnis der Ortspolizeibehörde zu verlassen. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung drohten Geld- oder Haftstrafen. Zumeist war „Schutzhaft" die Folge.
Mit der Kennzeichnung durch den „Judenstern" wollten die Faschisten die jüdischen Deutschen nun auch äußerlich als „Untermenschen" gegenüber der „arischen Herrenrasse" brandmarken. Und die Diskriminierung ging weiter. Am 18. September 1941 erging ein Erlaß des Reichsverkehrsministers über die Benutzung der Verkehrsmittel durch Juden. Sie durften Schlaf- und Speisewagen sowie Ausflugsschiffe nicht mehr benutzen, wurden in die niedrigste Wagenklasse der Eisenbahn verwiesen und konnten nur dann Sitzplätze einnehmen, wenn diese nicht für andere Reisende benötigt wurden. Grundsätzlich galt: „Juden dürfen bei starkem Andrang in Straßenbahnen, Omnibussen, Binnenschiffen und im Nahverkehr der Eisenbahn nicht zusteigen, wenn sonst andere Reisende zurückbleiben müßten."[132] Später wurden auch diese Bestimmungen weiter verschärft, indem den Juden z.B. bei der Benutzung der Straßenbahn lediglich noch gestattet wurde, sich auf den Plattformen aufzuhalten. Am 6. Oktober 1941 verfügte der Präsident der Reichspostdirektion Chemnitz den Ausschluß der Juden von der Beförderung mit Kraft- und Landkraftposten.[133]
Trotz des hemmungslosen Terrors der Faschisten gab es auch jetzt noch Menschen, die ihren verfolgten jüdischen Mitbürgern helfend zur Seite standen, weiterhin mit ihnen verkehrten und so ihre Ablehnung gegen die antijüdischen Verbrechen der Nazis zum Ausdruck brachten. Das veranlaßte das Reichssicherheitshauptamt im Oktober 1941 zu folgender Anweisung an die Staatspolizeistellen: „Wie hier in der letzten Zeit wiederholt bekannt geworden ist, unterhalten deutschblütige Personen nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden und zeigen sich mit diesen in auffälliger Weise in der Öffentlichkeit. Da die betreffenden Deutschblütigen auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüberzustehen scheinen und ihr Verhalten als Mißachtung der staatlichen Maßnahmen anzusehen ist, ordne ich an, daß bei derartigen Vorkommnissen der deutschblütige Teil aus erzieherischen Gründen vorübergehend in Schutzhaft zu nehmen bzw. in schwerwiegenden Fällen bis zur Dauer von drei Monaten in ein Konzentrationslager ... einzuweisen ist. Der jüdische Teil ist in jedem Fall bis auf weiteres unter Einweisung in ein Konzentrationslager in Schutzhaft zu nehmen ..."[134]
Die durch Vertreibung aus den Arbeitsstellen und infolge der „Arisierung" um ihre wirtschaftliche Existenz gebrachten jüdischen Bürger wurden zum Arbeitseinsatz verpflichtet. In einem Rundschreiben des Kreis-

hauptmanns zu Chemnitz aus dem Jahr 1939 hieß es, daß für die Unterbringung jüdischer Arbeitsloser zu sorgen sei. Sie sollten in Betrieben „als jüdische Arbeitskolonnen gesondert von arischen Gefolgschaftsmitgliedern arbeiten".[135] Dementsprechend mußten Chemnitzer Juden zunächst öffentliche Arbeiten, vorwiegend bei der städtischen Gartenverwaltung verrichten. Ab Sommer 1942 wurden die noch verbliebenen arbeitsfähigen jüdischen Bürger verschiedenen Betrieben zugeteilt, z. B. der Firma C. F. Barthel in der Uhlestraße, die Beleuchtungskörper herstellte und für die faschistische Rüstungsindustrie arbeitete, der Blatt- und Spiralfedernfabrik Weigel sowie der Nadelfabrik Ebersbach und Kühn, die beide in der Lutherstraße ansässig waren.[136] In den Betrieben wurden sie skrupellos ausgebeutet. Sie erhielten lediglich einen geringen Lohn und hatten keinen Anspruch auf Zuschläge, Beihilfen, sonstige Vergünstigungen und Urlaub.[137] Auch außerhalb der Stadt kamen Chemnitzer Juden zum Arbeitseinsatz, so u. a. in Hohenstein-Ernstthal, Zwickau und Plauen sowie in Limbach-Oberfrohna. Bekannt ist auch, daß sich Chemnitzer jüdische Bürger in Arbeitslagern befanden. Aus dem SS-Arbeitslager Lodz in Polen z. B. floh Hans Kleinberg. Er schloß sich der polnischen Widerstandsbewegung an, lebte von 1941 bis 1945 illegal in Krakau und kehrte dann in seine Heimatstadt Chemnitz zurück. Hier war er später mehrere Jahre Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde.[138] Im Oktober 1944 erfaßte die Gestapo alle jüdischen „Mischlinge" ersten Grades und „jüdisch Versippte" – das waren mit Juden verheiratete „Deutschblütige" – für den „geschlossenen Arbeitseinsatz".[139]

Immer neue Verfolgungsmaßnahmen trafen die jüdischen Bürger. Infolge eines Erlasses des RSHA vom 5. Dezember 1941 mußten die Juden alle in ihrem Besitz befindlichen Pelz- und Wollsachen sowie Skier, Ski- und Bergschuhe abliefern. Sie erhielten dafür weder eine Vergütung noch Bezugsscheine für andere Sachen. Zur Tarnung des Raubzuges mußte dafür gesorgt werden, „daß unter keinen Umständen an bzw. in den abzuliefernden Gegenständen Hinweise des bisherigen Besitzers ... sich befinden".[140] Die den Juden gestohlenen Sachen waren für die faschistischen Truppen an der Ostfront bestimmt, die zu diesem Zeitpunkt ihrer schweren Niederlage vor Moskau entgegengingen. Ebenfalls im Dezember 1941 wurde den jüdischen Bürgern verboten, öffentliche Fernsprechstellen zu benutzen. 1942 wurden sie gezwungen, auch ihre Wohnungen mit dem „Judenstern" an der Eingangstür zu kennzeichnen. Im Mai des gleichen Jahres untersagte man ihnen, Haustiere (Hunde, Katzen und Vögel) zu halten, und im Juni mußten sie ihre elektrischen Geräte (Heizöfen, Kochplatten, Staubsauger, Bügeleisen usw.), Plattenspieler und Schallplatten, Schreibmaschinen, Fahrräder und optische Geräte entschädigungslos abliefern.[141]

Der Raub von persönlichen Gegenständen war Teil der „totalen Einziehung des jüdischen Vermögens". Am 27. November 1941 erließ das RSHA eine Anordnung, die den Juden generell verbot, über ihr bewegliches Eigentum zu verfügen. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wurde beauflagt, diese Anordnung in einem Rundschreiben ihren Bezirksstellen und den Jüdischen Kultusvereinigungen mitzuteilen. Es hieß darin u. a.:

„1. Juden ist es grundsätzlich verboten, über ihr bewegliches Vermögen zu verfügen.

...

4. Verboten sind grundsätzlich sämtliche Verfügungen (vor allem Veräußerung, Verpfändung, Verschenkung, Verwahrung bei Dritten) über die im Eigentum oder im Besitz von Juden befindlichen beweglichen Vermögenswerte, wie z. B. über Möbel, sonstige Einrichtungsgegenstände und Hausgerät.

5. Dem Verbot unterliegen auch Verfügungen über sämtliche Forderungen und Rechte sowie über Wertpapiere, ferner über Konten bei Banken, Sparkassen, anderen Kreditinstituten und Postscheckämtern, die mit Formblatt anzuzeigen sind.

6. Die von dem Verfügungsverbot betroffenen Gegenstände dürfen nicht in ihrem Wert vermindert und nicht aus der Wohnung verbracht werden; ihre Benutzung im Rahmen einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung ist gestattet."[142]

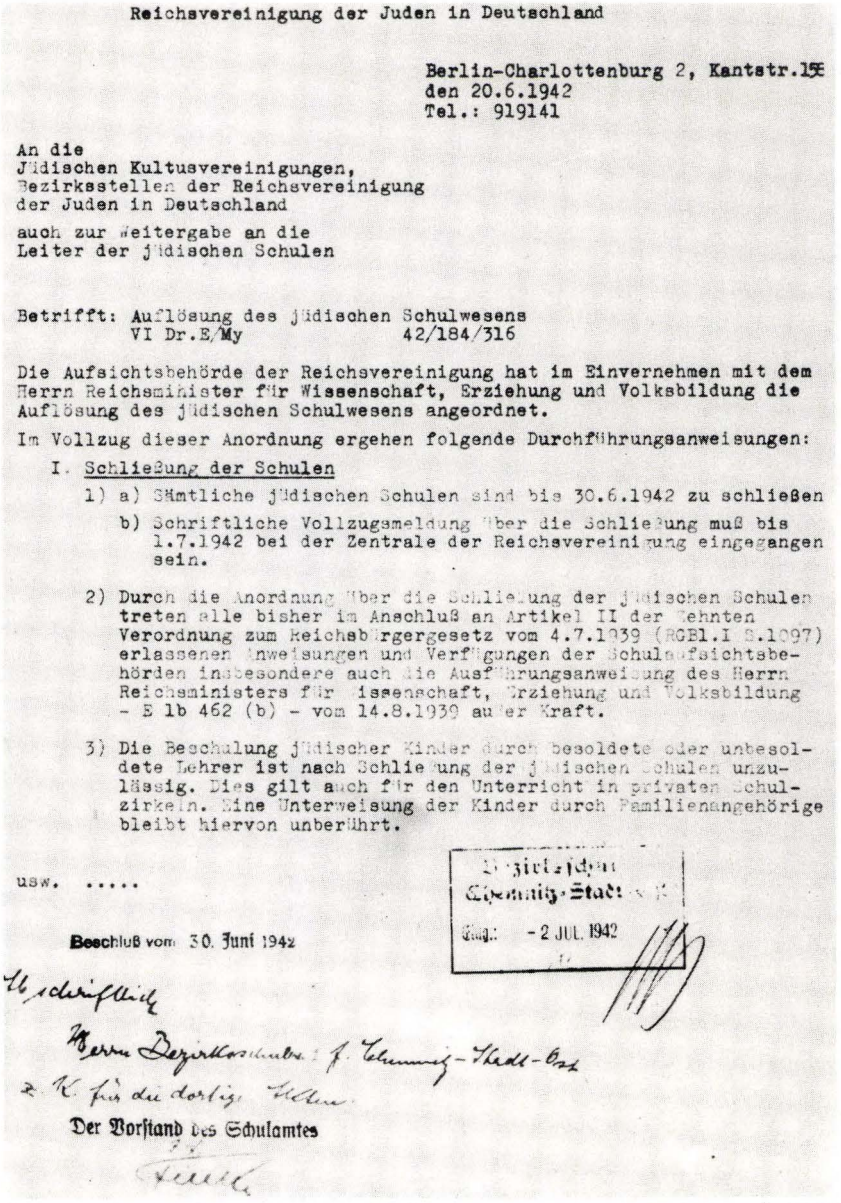
Diese Maßnahme stand im Zusammenhang mit der Einziehung des Vermögens im Falle der Deportation. In einem Schnellbrief des Reichsministers der Finanzen vom 4. November 1941 wurde u. a. ausgeführt:

„Juden, die nicht in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigt sind, werden in den nächsten Monaten in

eine Stadt (gemeint waren Vernichtungslager und Ghettos – W. K.) in den Ostgebieten abgeschoben. Das Vermögen der abzuschiebenden Juden wird zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Es verbleiben den Juden 100 RM und 50 kg Gepäck je Person ..."[143]

Im Jahr 1942 wurde nach bisherigen Erkenntnissen auch der größte Teil der noch in Chemnitz verbliebenen jüdischen Bürger deportiert. Es sind gegenwärtig noch keine Unterlagen aufgefunden worden, die über Ausmaß und Verlauf dieser verbrecherischen Aktion genauen Aufschluß geben können. Derartige Dokumente wurden zumeist von den Nazis angesichts der drohenden Niederlage des Faschismus vernichtet. Bekannt ist, daß die Juden im Hof der damaligen Staatlichen Akademie für Technik (heute Technische Universität Karl-Marx-Stadt) zusammengetrieben, von dort zum Bahnhof gebracht und in die Vernichtungslager bzw. Ghettos abtransportiert wurden. aus Erinnerungen wissen wir, daß aus Angst vor der Deportation manche jüdische Bürger in den Freitod gingen. In einem Fall wählte im Mai 1942 unmittelbar vor der Deportation eine Jüdin im Gebäude der Staatlichen Akademie den Freitod, indem sie sich aus dem Fenster stürzte.

Ein Hinweis auf die Deportation Chemnitzer Juden im Jahr 1942 findet sich auch in den Akten über die „Private jüdische Volksschule". Anfang Mai 1942 besuchten noch 21 Kinder die Schule. Von diesen schieden sieben „durch Abtransport der Familien" in der Nacht vom 9. zum 10. Mai aus. An der Schule verblieben noch fünf voll-



Reichsvereinigung der Juden in Deutschland

Berlin-Charlottenburg 2, Kantstr. 15
den 20.6.1942
Tel.: 919141

An die
Jüdischen Kultusvereinigungen,
Bezirksstellen der Reichsvereinigung
der Juden in Deutschland

auch zur Weitergabe an die
Leiter der jüdischen Schulen

Betrifft: Auflösung des jüdischen Schulwesens
VI Dr.E/My 42/184/316

Die Aufsichtsbehörde der Reichsvereinigung hat im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Auflösung des jüdischen Schulwesens angeordnet.

Im Vollzug dieser Anordnung ergehen folgende Durchführungsanweisungen:

I. Schließung der Schulen

1) a) Sämtliche jüdischen Schulen sind bis 30.6.1942 zu schließen

b) Schriftliche Vollzugsmeldung über die Schließung muß bis 1.7.1942 bei der Zentrale der Reichsvereinigung eingegangen sein.

2) Durch die Anordnung über die Schließung der jüdischen Schulen treten alle bisher im Anschluß an Artikel II der Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4.7.1939 (RGBl.I S.1097) erlassenen Anweisungen und Verfügungen der Schulaufsichtsbehörden insbesondere auch die Ausführungsanweisung des Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung - E 1b 462 (b) - vom 14.8.1939 außer Kraft.

3) Die Beschulung jüdischer Kinder durch besoldete oder unbesoldete Lehrer ist nach Schließung der jüdischen Schulen unzulässig. Dies gilt auch für den Unterricht in privaten Schulzirkeln. Eine Unterweisung der Kinder durch Familienangehörige bleibt hiervon unberührt.

usw. .....

Beschluß vom 30. Juni 1942

Bezirksschulamt Chemnitz-Stadt
Eing.: - 2 JUL. 1942

Abschriftlich
Herrn Bezirksschulrat d. Chemnitz-Stadt-Land
z. K. für die dortige Akte
Der Vorstand des Schulamtes

Anweisung zur Schließung der jüdischen Schulen. Quelle: StadtA, B III 3/10, Bl. 68



Der Jüdische Friedhof in Karl-Marx-Stadt im Jahr 1988.
Aufn.: May Voigt 1988

jüdische Kinder und neun „Mischlinge".[144] Der Unterricht fand nun in einem Bürozimmer des Hauses Zöllnerstraße 6 statt, da der Unterrichts- und Betsaal im gleichen Gebäude bereits geschlossen worden war.[145] Wenige Wochen später erging folgender Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung:
„Im Hinblick auf die Entwicklung der Aussiedlung der Juden in der letzten Zeit hat der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit mir die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland angewiesen, sämtliche jüdische Schulen bis zum 30. Juni 1942 zu schließen und ihren Mitgliedern bekannt zu geben, daß ab 1. Juli 1942 jegliche Beschulung jüdischer Kinder durch besoldete oder unbesoldete Lehrkräfte untersagt ist."[146]
Daraufhin wurde die „Private jüdische Volksschule" in Chemnitz am 23. Juni 1942 geschlossen. Ebenfalls 1942 mußte auch die jüdische Gaststätte in der Zöllnerstraße 6 schließen.[147] Im September 1942 ging ein weiterer Transport von Chemnitz nach Theresienstadt ab. Im Rahmen der sogenannten „Fabrikaktion" wurden am 27. Februar 1943 jüdische Bürger, außer solchen, die in Mischehe lebten bzw. als „Mischlinge" galten, verhaftet und danach in das KZ Auschwitz deportiert. Bei durch Chemnitz gehenden Transporten mußten auf Weisung der Gestapo Chemnitzer jüdische Bürger Betreuungsdienste übernehmen. Die letzte Deportation von Chemnitzer Juden fand am 13./14. Februar 1945 statt.
Bis dahin sind fast alle noch verbliebenen Chemnitzer Juden deportiert worden. Es „wurden infolge einer politischen Aktion der Gestapo unter der Bezeichnung ‚geschlossener Arbeitseinsatz' am 13. 2. 1945 Juden aus dem Bezirk Chemnitz nach dem Ghetto Theresienstadt gebracht. Aus der Stadt Chemnitz befanden sich bei diesem Transport 14 Familienväter, 9 Ledige im Erwerbsalter, welche zum Unterhalt von 7 Familien beitrugen, ferner 3 Ehefrauen ... und ein Jugendlicher von 12 Jahren".[148]
Offenbar handelte es sich bei der Deportation im Februar 1945 um eine umfassende Aktion der Gestapo. So war für den 16. Februar die Deportation der noch verbliebenen jüdischen Bürger Dresdens geplant, die allerdings infolge des Bombenangriffs vom 13./14. Februar 1945 nicht mehr durchgeführt werden konnte.[149] Die letzten jüdischen Bürger aus Frankfurt am Main wurden ebenfalls in diesen Tagen abtransportiert.[150]
Die meisten der deportierten jüdischen Bürger von Chemnitz wurden in den Lagern umgebracht oder verstarben dort an den unmenschlichen Haftbedingungen. Sie sind Teil der 6 Millionen ermordeter jüdischer Menschen, die die verbrecherische Bilanz der Nazibarbarei verzeichnet.
Nur wenige Juden kehrten nach dem Sieg der Sowjetunion und ihrer Verbündeten über den Faschismus nach Chemnitz zurück und bildeten wieder eine kleine Gemeinde, die im Jahr 1960 20 Mitglieder zählte. Bis 1986 ging ihre Anzahl auf zwölf zurück.[151]
Sie sind gleichberechtigte Bürger der DDR, denen die Verfassung, die jegliche Bekundung von Glaubens- und Rassenhaß als zu ahndendes Verbrechen kennzeichnet, die freie Ausübung ihrer Religion garantiert. In unserem Staat, der die Interessen und Anliegen auch der jüdischen Menschen verwirklicht, „... sind die Wurzeln für Antisemitismus, Rassismus und Völkerhaß für immer beseitigt, hier haben die jüdischen Mitbürger ihre wahre Heimstatt gefunden".[152]

5. Anmerkungen

1 Vgl. Ruge, Wolfgang: Das Ende von Weimar. Monopolkapital und Hitler. Dietz Verlag, Berlin 1983, S. 39
2 Vgl. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942. Hrsg. von Kurt Pätzold, Verlag Philipp Reclam jun., Leipzig 1987, S. 14
3 Ebenda, S. 12
4 Vgl. ebenda, S. 8; Bergschicker, Heinz: Deutsche Chronik 1933–1945. Ein Zeitbild der faschistischen Diktatur. 3. Aufl., Verlag der Nation, Berlin 1985, S. 56
5 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 28; Neue Brockhaus, Bd. 2, Leipzig 1937, S. 544
6 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 34
7 Die Verwaltung der Stadt Chemnitz 1933–1935, Chemnitz o. J., S. 31
8 Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Chemnitz (heute Karl-Marx-Stadt). Aufstieg und Untergang einer jüdischen Gemeinde in Sachsen. Frankfurt am Main 1970, S. 51, 52, 79, 83, 97, 98
9 Drobisch, Klaus: Antisemitischer Terror sollte Hitlergegner einschüchtern. In: Neues Deutschland vom 2./3. April 1988, S. 12
10 Zit. nach: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 49
11 Chemniter Neueste Nachrichten 45 (1933) 77 vom 31. März
12 Chemnitzer Tageszeitung Nr. 78 vom 1./2. April 1933
13 Chemnitzer Tageblatt 86 (1933) 92 vom 2. April
14 Chemnitzer Tageszeitung Nr. 79 vom 3. April 1933
15 Vgl. Chemnitzer Tageszeitung Nr. 78 vom 1./2. April 1933
16 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 67
17 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Teil II, Von 1917 bis 1945. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 320
18 Chemnitzer Tageszeitung Nr. 80 vom 4. April 1933; StadtA, Rat der Stadt, 2185/4, Bl. 160
19 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 7001/3, Bl. 36
20 Chemnitzer Tageszeitung Nr. 80 vom 4. April 1933
21 RGBl. 1933, Teil I, S. 175 ff.
22 Vgl. Deutschland von 1933 bis 1939. Von der Machtübertragung an den Faschismus bis zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge). Hrsg. von einem Autorenkollektiv. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1969, S. 36
23 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, Personalakte 144
24 Litten, Irmgard: Eine Mutter kämpft gegen Hitler, 2. Aufl., Greifenverlag, Rudolstadt 1985, S. 103
25 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, Personalakte 114
26 Zit. nach: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 84
27 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 2442/1, Bd. 3, Bl. 143
28 Ebenda, Bl. 146
29 Ebenda, Bl. 148
30 Zusammengestellt nach ebenda, Bl. 143–148
31 Vgl. zum Widerstandsbegriff Bramke, Werner: Proletarischer Widerstand im Spektrum des Gesamtwiderstandes gegen den Faschismus. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte 14/1987, Weimar 1987, S. 302
32 StadtA Karl-Marx-Stadt, 1600/17, Bl. 14
33 Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Chemnitz ..., S. 126
34 Vgl. Die Verwaltung der Stadt Chemnitz 1935–1937, Chemnitz o. J., S. 42/43 und StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1160/1, Bd. 1
35 StadtA Karl-Marx-Stadt, Polizeipräsidium, 105, Bl. 1
36 Ebenda, Bl. 2
37 Vgl. ebenda, Bl. 6, 7, 9, 11, 13
38 Deutschland von 1933 bis 1939 ..., S. 37
39 Ebenda
40 Vgl. ebenda, S. 187 und Bergschicker, Heinz: Deutsche Chronik 1933–1945 ..., S. 196
41 RGBl. 1935, Teil I, S. 1146
42 Vgl. Deutschland von 1933 bis 1939 ..., S. 182 f.
43 RGBl. 1935, Teil I, S. 1146 f.
44 Vgl. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 119 f.
45 StadtA, Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, III B 62, Bl. 34
46 Vgl. ebenda, Bl. 22, 27
47 StadtA, Karl-Marx-Stadt, Dienstbesprechungen des Oberbürgermeisters 5. Oktober–26. Novemer 1936, Bl. 59
48 StadtA, Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1160/1, Bd. 2, Bl. 7
49 Allgemeine Zeitung vom 19. Oktober 1936. Zit. in: Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Chemnitz ..., S. 128
50 Vgl. Volksstimme 16 (1961) 125 vom 27. Mai

51 Siehe hierzu: StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1600/17
52 Ebenda, Bl. 40
53 Ebenda, Bl. 70, siehe auch Bl. 65 ff.
54 Vgl. ebenda, Bl. 58 ff. und Bl. 60 ff.
55 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1160/1, Bd. 2, Bl. 9, 10
56 Vgl. Volksstimme 16(1961)125 vom 27. Mai
57 Vgl. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 110
58 Ebenda, S. 280
59 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung – Chronik, Teil II ..., S. 362
60 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 140
61 Vgl. ebenda, S. 143 ff.
62 RGBl. 1938, Teil I, S. 414
63 Vgl. Deutschland von 1933 bis 1939 ..., S. 303
64 Vgl. RGBl. 1938, Teil I, S. 922, 969, 1342 und Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 158 ff.
65 Vgl. Deutschland von 1933 bis 1939 ..., S. 302
66 Bergschicker, Heinz: Deutsche Chronik 1933–1945 ..., S. 196
67 Vgl. Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Chemnitz ..., S. 129
68 Vgl. ebenda, S. 101 f.
69 Ebenda, S. 106
70 StadtA Karl-Marx-Stadt, Vortragsmanuskript von Adolf Diamant vom 15. November 1983: Schultag im Nationalsozialismus, S. 1
71 StadtA Karl-Marx-Stadt, B III 3/4, Bl. 104
72 Vgl. ebenda, Bl. 140
73 Ebenda, Bl. 133
74 Ebenda, Bl. 118; siehe auch B III 3/5
75 StadtA Karl-Marx-Stadt, B III 3/4, Bl. 118
76 Ebenda, B III 3/6, Bl. 14
77 Ebenda, B III 3/4, Bl. 196
78 Vgl. ebenda, Bl. 115
79 Ebenda, B III 3/9, Bl. 82
80 Vgl. ebenda, Bl. 86
81 Ebenda, B III 3/6, Bl. 14 und B III 3/4, Bl. 316
82 Vgl. Deutschland von 1933 bis 1939 ..., S. 184
83 Vgl. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 164
84 Zit. nach: ebenda, S. 168 f.
85 Zit. nach: ebenda, S. 170
86 Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Dietz Verlag, Berlin 1966, S. 213; Dietz-Geschichtskalender 1988, Dietz Verlag, Berlin 1987, S. 230; Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 165
87 Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Zwickau, Frankfurt am Main 1971, S. 136
88 Vgl. Volksstimme 13(1958)274 vom 25. November
89 Chemnitz in Wort und Bild. Festschrift zur Einweihung des Neuen Rathauses. Chemnitz 1911, S. 113
90 Chemnitzer Tageszeitung Nr. 263 vom 10. November 1938
91 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 3144, Bl. 2
92 Ebenda, Bl. 6
93 Ebenda, Bl. 9, 14
94 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1085/13/25, Bl. 28
95 Ebenda, Bl. 41
96 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1324/37, Bl. 43
97 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1085/13, Bl. 8
98 RGBl. 1938, Teil I, S. 1579
99 Ebenda, S. 1581
100 Ebenda, S. 1580
101 Dietz-Geschichtskalender 1988 ..., S. 231
102 Vgl. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 174
103 Poliakow, Léon; Wulf, Josef: Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente. Verlag Volk und Welt, Berlin 1975, S. 223
104 RGBl. 1938, Teil I, S. 1709

105 Vgl. Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Chemnitz ..., S. 85
106 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1407/8, Bl. 152
107 Vgl. Volksstimme 13 (1958) 274 vom 25. November
108 Vgl. StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, 1407/8, Bl. 154 ff. und Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Chemnitz ..., S. 87 ff.
109 Vgl. Bergschicker, Heinz: Deutsche Chronik 1933–1945 ..., S. 196
110 StadtA Karl-Marx-Stadt, B III 3/9, Bl. 88
111 Ebenda, B III 3/10, Bl. 22, 53
112 Ebenda, Bl. 34
113 Vgl. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 167, 222 f. und Bergschicker, Heinz: Deutsche Chronik 1933–1945 ..., S. 196
114 Zit. nach: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 225
115 Vgl. Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5 ..., S. 215 f. und Deutsche Geschichte von 1933–1939 ..., S. 306 ff.
116 Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5 ..., S. 509 f.
117 Geschichtskommission der Stadtleitung Karl-Marx-Stadt der SED: Übersicht über die Gesamtzahl der Todesopfer und der Inhaftierungen während des antifaschistischen Widerstandskampfes von 1933 bis 1945 im ehemaligen Chemnitz
118 Vgl. Deutschland von 1933 bis 1939 ..., S. 307 f.
119 Vgl. Deutschland von 1939 bis 1945. Deutschland während des zweiten Weltkrieges. Lehrbuch der deutschen Geschichte (Beiträge). Hrsg. von einem Autorenkollektiv. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1970, S. 41; Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 230 ff.
120 Zit. nach: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 217
121 Ebenda, S. 292
122 Vgl. Deutschland von 1939 bis 1945 ..., S. 195; Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 291 ff.
123 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 337 f.
124 Deutschland von 1939 bis 1945 ..., S. 294 f.
125 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 21
126 StadtA Karl-Marx-Stadt, Gemeinde Erfenschlag, 36, Bl. 19
127 Vgl. StadtA Karl-Marx-Stadt, Gemeinde Glösa, 163, Bl. 2–7
128 StadtA Karl-Marx-Stadt, Polizeipräsidium, 185, Bl. 1
129 StadtA Karl-Marx-Stadt, Polizeipräsidium, 186, Bl. 1–5
130 Vgl. ebenda, Bl. 9
131 RGBl. 1941, Teil I, S. 547
132 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 308 f.
133 StadtA Karl-Marx-Stadt, Gemeinde Erfenschlag, 36, Bl. 33
134 Zit. nach: Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 311 f.
135 StadtA Karl-Marx-Stadt, Gemeinde Erfenschlag, 36, Bl. 17
136 Nach Unterlagen der Jüdischen Gemeinde Karl-Marx-Stadt
137 Vgl. Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 313 ff.
138 Nach Unterlagen der Jüdischen Gemeinde Karl-Marx-Stadt
139 StadtA Karl-Marx-Stadt, Gemeinde Glösa, 345, Bl. 1
140 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 334 f.
141 Vgl. Poliakow, Léon; Wulf, Josef: Das Dritte Reich und seine Diener ..., S. 237 ff.
142 Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung ..., S. 324
143 Poliakow, Léon; Wulf, Josef: Das Dritte Reich und seine Diener ..., S. 232
144 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, B IV 10/49, Bl. 5
145 Vgl. ebenda
146 Ebenda, B III 3/10, Bl. 71
147 StadtA Karl-Marx-Stadt, Polizeipräsidium, 186, Bl. 15
148 StadtA Karl-Marx-Stadt, Rat der Stadt, ab 1945, 4990, Bl. 2a
149 Vgl. Dresden. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1984, S. 166
150 Diamant, Adolf: Gestapo Frankfurt a. M., Frankfurt am Main 1988, S. 293
151 StadtA Karl-Marx-Stadt, Statistik der Juden in der DDR (zusammengestellt von Adolf Diamant)
152 Aus dem Bericht des Politbüros an die 6. Tagung des Zentralkomitees der SED. Dietz Verlag, Berlin 1988, S. 60



Gedenkstein für die 6 Millionen jüdischen Opfer des faschistischen Terrors auf dem Jüdischen Friedhof Karl-Marx-Stadt.
Aufn.: May Voigt 1988